



DGO Rundbrief

2/2015

Inhalt 2/2015

BRIEF DER GESCHÄFTSFÜHRERIN	3
VERANSTALTUNGSKALENDER	4
Aktivitäten der Geschäftsstelle	4
Aktivitäten der Zweigstellen	6
PUBLIKATIONEN	10
OSTEUROPA	10
OSTEUROPA-RECHT	13
Länder-Analysen	15
Dialog-Preis 2015 der Deutsch-Polnischen Gesellschaft für die Zeitschrift OSTEUROPA	17
MITGLIEDER	19
Personalien	19
Veröffentlichungen	19
VERANSTALTUNGSBERICHTE	21
Fachtagung Geschichte Beyond the Kremlin's Reach? Eastern Europe and China in the Cold War Era – Transfers and Entanglements	21
Podiumsdiskussion Im Schatten der Minsker Abkommen: Potentiale von Zivilgesellschaft in Belarus	23
Podiumsdiskussion Freihandel mit der Ukraine: Fakten, Fallstricke und die Folgen	25
Podiumsdiskussion Belarus – eine Bestandsaufnahme	26
Fachtagung Back to the Future? Ideas and Strategies of Retrograde Modernization in Russia and the Post-Soviet Region	27
Fachtagung Politik Ukraine's Historical and Contemporary Interlockings: A Transnational Perspective on Transformations	29
Veranstaltungsreihe „Russische Alternativen“ Russlands Weg in die Zukunft – gibt es (noch) Alternativen?	33
Fachtagung Wirtschaft One size does not fit them all. Ökonomische Aspekte der Östlichen Partnerschaft vor dem Hintergrund der sozioökonomischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa	35
IMPRESSUM	37

Brief der Geschäftsführerin



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

der momentan relativ stabile Waffenstillstand in der Ostukraine gibt dem Land Gelegenheit, die notwendigen Reformen durchzuführen. Inwieweit es der ukrainischen Regierung gelingt, diese Chance zu nutzen, diskutierten im Oktober Vertreter internationaler Stiftungen, Experten, Aktivisten von Nichtregierungsorganisationen, Diplomaten und ukrainische Abgeordnete bei den 11. Kiewer Gesprächen, die sich insbesondere den Reformen im Bereich der Menschenrechte und Justiz widmeten. Die Tagung der Fachgruppe Politikwissenschaft in Frankfurt (Oder) beleuchtete demgegenüber die vielschichtigen transnationalen Verbindungen der Ukraine und deren Bedeutung für die Transformation.

Die Teilnehmer der Veranstaltungsreihe „Russische Alternativen“, die die DGO gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung ausrichtet, diskutierten in diesem Herbst das Wechselverhältnis zwischen russischer Innen- und Außenpolitik, auch vor dem Hintergrund des militärischen Einsatzes Russlands in Syrien. Die langfristige Entwicklung in Russland und im postsowjetischen Raum nahmen die Referenten der Abschlusskonferenz des Kompetenznetzes „Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus“ zum Thema „Retro-Modernisierung“ in den Blick: Welche Ursprünge liegen den Ideen und Strategien zugrunde, die zur Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft heute in diesen Ländern diskutiert werden?

Das Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg organisierte im November gemeinsam mit der DGO eine Tagung zu den wirtschaftlichen Aspekten der Östlichen Partnerschaft und reaktivierte damit die DGO-Fachgruppe Wirtschaft. Zwei Podiumsdiskussionen, die die DGO mit verschiedenen Partnern ausrichtete, widmeten sich den aktuellen Entwicklungen in Belarus, das als Gastgeber für die Verhandlungen über das Ende des Kriegs in der Ostukraine in den vergangenen 15 Monaten internationale Aufmerksamkeit erhielt. Noch weiter östlich richtete die DGO ihren Blick mit einer Tagung zum Südkaukasus, dem die Zeitschrift OSTEUROPA ein umfangreiches Themenheft widmet, das zur

Jahreswende erscheinen wird. Berichte zu den Tagungen und Veranstaltungen der DGO finden Sie am Ende dieses Rundbriefs.

Schon jetzt möchten wir Sie auf die nächste Jahrestagung der DGO aufmerksam machen, die am 10. und 11. März 2016 zum Thema „Öffentlichkeit und Medien in Osteuropa“ stattfinden wird. Tagungsort ist Mainz, wo wir am zweiten Konferenztag zu Gast beim ZDF sind. Bitte merken Sie sich den Termin schon jetzt vor! Informationen zu weiteren bereits erfolgten oder geplanten Veranstaltungen der Geschäftsstelle und der Zweigstellen der DGO sowie zu den Publikationen im zweiten Halbjahr 2015 erhalten Sie auf den folgenden Seiten.

Sehr stolz sind wir darauf, dass die Zeitschrift OSTEUROPA im November den diesjährigen Dialog-Preis der Deutsch-Polnischen Gesellschaft erhalten hat. Die Laudatio hielt Markus Meckel, die Preisverleihung übernahm die frühere Präsidentin der DGO, Rita Süssmuth. Die Laudatio können Sie in Auszügen auf den Seiten 17 und 18 nachlesen.

Wie immer informieren wir Sie auch über Personalien unseres Vereins. Auf eine besondere Personalie möchte ich Sie abschließend hinweisen. Im September feierte der langjährige Vizepräsident der DGO, Prof. em. Dr. Oskar Anweiler, seinen 90. Geburtstag, zu dem ich ihm an dieser Stelle im Namen aller Mitglieder ganz herzlich gratuliere!

Ihnen allen wünsche ich schon jetzt ein gutes Neues Jahr!

Ihre

A handwritten signature in black ink, reading "Gabriele Freitag".

Dr. Gabriele Freitag

VERANSTALTUNGSKALENDER

GESCHÄFTSSTELLE VORSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
27.–28. Januar 2016, Frankfurt (Oder)	13. Frankfurter Medienrechtstage Mediengenossenschaften – Strategie zur Stärkung des unabhängigen Journalismus in Ost- und Südosteuropa	In Kooperation mit dem Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
25.–27. Februar 2016, Erfurt	Fachtagung Religion The Pan-Orthodox Council of 2016: A New Era for the Orthodox Church? Interdisciplinary Perspectives	In Kooperation mit der Professur Orthodoxes Christentum, Universität Erfurt
10.–11. März 2016, Mainz	Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. Medien, Politik und Gesellschaft. Osteuropa im zweiten Strukturwandel der Öffentlichkeit	In Kooperation mit dem Arbeitsbereich Osteuropäische Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und dem Zweiten Deutschen Fernsehen

GESCHÄFTSSTELLE RÜCKSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
30. Juni–2. Juli 2015, Leipzig	Fachtagung Geschichte Beyond the Kremlin's Reach? Eastern Europe and China during the Cold War Era – Transfers and Entanglements	In Kooperation mit dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (Projektgruppe Transnationale Zeitgeschichte), der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der LMU München (Tagungsbericht auf Seite 21)
1. Juli 2015, Berlin	Podiumsdiskussion Im Schatten der Minsker Abkommen: Potentiale von Zivilgesellschaft in Belarus	In Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin und der Deutsch-Belarussischen Gesellschaft (Veranstaltungsbericht auf Seite 23)
16. September 2015, Berlin	Podiumsdiskussion Freihandel mit der Ukraine: Fakten, Fallstricke und die Folgen	In Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Veranstaltungsbericht auf Seite 25)
21. September 2015, Berlin	Podiumsdiskussion Belarus – eine Bestandsaufnahme	In Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States (Veranstaltungsbericht auf Seite 26)

23. September 2015, Berlin	Podiumsdiskussion Denkmal an den Krieg. Erinnerung und Tourismus in polni- schen und deutschen Museen	In Kooperation mit der Europa-Universi- tät Viadrina in Frankfurt (Oder) und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
12.–13. Oktober 2015, Kiew	11. Kiewer Gespräche Zwischen Krise und Reformen. Men- schenrechte und Justiz in der Ukraine	In Kooperation mit dem Europäischen Austausch gGmbH und anderen Partnern
23.–24. Oktober 2015, Berlin	Interdisziplinäre Fachtagung Back to the future? Retrograde Modernization in Russia and the Post-Soviet Region	In Kooperation mit dem Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus (KomPost) (Tagungsbericht auf Seite 27)
24. Oktober–13. Dezember 2015, Berlin	Ausstellung und Vortragsreihe „Samizdat“ im GULAG. Eine schwarze Literaturgeschichte	In Kooperation mit dem Literaturhaus Berlin und MEMORIAL Deutschland e. V.
5.–6. November 2015, Frankfurt (Oder)	Fachtagung Politik Ukraine's historical and contemporary interlockings: A transnational perspec- tive on transformations	In Kooperation mit dem Frankfurter Institut für Transformationsstudien (FIT) an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) (Tagungsbericht auf Seite 29)
11.–12. November 2015, Berlin	Podiumsdiskussion und Fachgespräch „Rus- sische Alternativen“ Russlands Weg in die Zukunft – gibt es (noch) Alternativen?	In Kooperation mit der Heinrich-Böll- Stiftung (Veranstaltungsbericht auf Seite 33)
13.–14. November 2015, Berlin	Fachtagung Wirtschaft One size does not fit them all. Ökonomi- sche Aspekte der Östlichen Partner- schaft vor dem Hintergrund der sozio- ökonomischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa	In Kooperation mit dem Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Re- gensburg (Tagungsbericht auf Seite 35)
22.–24. November 2015, Berlin	Tagung Europa vor einer Epochenwende? Die Bedeutung der Ukraine-Krise für die europäische Friedensordnung	In Kooperation mit dem Institut für Theologie und Frieden (ithf), Hamburg
8. Dezember 2015, Berlin	Tagung Der Südkaukasus zwischen Konflikt und Kooperation	
15. Dezember 2015, Berlin	Tagung Commemoration without Borders. European Commemoration II	In Kooperation mit dem Institut für Aus- landsbeziehungen und der Forschungs- stelle Osteuropa an der Universität Bre- men

ZWEIGSTELLEN VORSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
BOCHUM		
20. Januar 2016	Vortrag Geschwindigkeit vs. Langsamkeit, Oberfläche vs. Tiefe: Der neue russische Film auf der Suche nach einem nationalen Idiom	Prof. Dr. Oksana Bulgakowa (Mainz)
10. Februar 2016	Vortrag Räume der Gewalt	Prof. Dr. Jörg Baberowski (Berlin)
FREIBURG		
12. Januar 2016	Vortrag Ohne Recht auf die Macht. Ostgalizien als Feuerstelle des radikalen ukrainischen Nationalismus (1848-1918)	Dr. Alexander Gogun (Berlin)
MÜNCHEN		
1. Februar 2016	Vortrag Kommunismus als Weltgeschichte	Gerd Koenen (Frankfurt a. M./Jena)
4. Februar 2016	Vortrag Russlands Wende nach Ostasien: Rhetorik oder Substanz?	Dr. Margarete Klein (Berlin)
TÜBINGEN		
8. Februar 2016	Vortrag The Ukrainian Question in the Russian Empire	Prof. Dr. Aleksej Miller (Sankt-Petersburg)

ZWEIGSTELLEN RÜCKSCHAU

DATUM / ORT	TITEL	INFORMATION
BAMBERG		
8. Juli 2015	Vortrag Über Leben in Grosny. Das Ende der Sowjetunion als das Ende von Zivilisation	Dr. Walter Sperling (Bochum)
18. November 2015	Vortrag Umwelt(zeit)geschichte der Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten	Prof. Dr. Klaus Gestwa (Tübingen)
2. Dezember 2015	Vortrag Die Politik der Teilungsmächte als europäisches Ereignis und die historischen Erblasten der Teilungen Polen-Litauens	Prof. Dr. Hans-Jürgen Bömelburg (Gießen)

9. Dezember 2015	Vortrag Von Peter zu Putin. Die Figur des „gerechten Herrschers“ in Russland	Prof. Dr. Stefan Plaggenborg (Bochum)
------------------	--	---------------------------------------

BOCHUM

13. November 2015	Vortrag Donezk und anderswo. Ukrainische Topographien der Gewalt	Prof. Dr. Karl Schlögel (Berlin)
2. Dezember 2015	Vortrag Politics of History in Ukraine. From Wars for the Past to War in the Present	Prof. Dr. Georgij Kas'janov (Kiew)

BREMEN

3. November 2015	Vortrag Nationality, Race and Identity in the Late Soviet Union. Oral Histories of Mixed Marriages in Kazakhstan and Tajikistan	Prof. Dr. Adrienne Edgar (Santa Barbara / Heidelberg)
15. Dezember 2015	Vortrag Lernbehinderte in der ČSR und die Erziehung zum neuen sozialistischen Menschen	PhD Jan Randák (Prag)

DÜSSELDORF

6. Juli 2015	Vortrag Europäische Perspektiven der Ukraine	Wolfgang Templin (Berlin)
--------------	--	---------------------------

ERLANGEN / NÜRNBERG

10. Juni 2015	Vortrag Menschenrecht, Unabhängigkeit und Nation: Die Sprache des Protests in Ostmitteleuropa vom Spätsozialismus bis in die Gegenwart	Dr. Gregor Feindt (Mainz)
15. Dezember 2015	Vortrag Die Wiedergeburt der sowjetischen Ethnologie aus dem Geist des Atheismus. Zur Erforschung „zeitgenössischen Sektierertums“ in der Chrusčev-Ära	Dr. Ulrike Huhn (Bremen)

FRANKFURT (ODER)

9. Dezember 2015	Vortrag Tanz auf Messers Schneide. Kriminalität und Recht in den Ghettos Warschau, Litzmannstadt und Wilna	Svenja Bethke (Hamburg)
------------------	--	-------------------------

FREIBURG

7. Juli 2015	Vortrag Von KriegsheldInnen und VerbrecherInnen im ex-jugoslawischen Spielfilm „Rane“ (Wounds)	Klaudija Sabo (Wien)
--------------	--	----------------------

15. Juli 2015	Vortrag Alexander reitet wieder. National-makdonische Geschichtspolitik rund um das Projekt „Skopje 2014“	Prof. Dr. Ulf Brunnbauer (Regensburg)
	Buchvorstellung The Left Side of History: World War II and the Unfulfilled Promise of Communism in Eastern Europe	Prof. Dr. Kristen R. Ghodsee (Brunswick)
27. Oktober 2015	Vortrag Die Russen als Angehörige der „weißen Rasse“. Kontinuität „russischer“ Rassenidentität in der physischen Anthropologie in Russland und in der Sowjetunion (1890–1976)	Dr. Björn Felder (Göttingen)
10. November 2015	Vortrag Post-Soviet Prison. Reform, Order and Violence after the GULAG	Dr. Gavin Slade (Berlin)

GIESSEN

8. Dezember 2015	Podiumsdiskussion Wildnis und Welterbe. Naturschutz an der polnisch-weißrussischen Grenze	In Kooperation mit dem Gießener Zentrum Östliches Europa
------------------	---	--

KÖLN / BONN

22. Oktober 2015	Vortrag Verschwiegen und verdrängt. Gewalt, Intimität und Prostitution im besetzten Polen	Dr. Maren Röger (Augsburg)
29. Oktober 2015	Vortrag Triumph des Staates – Trauer der Großeltern. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Festritualen des heutigen Russlands	Dr. des. Ekaterina Makhotina (München)
5. November 2015	Vortrag Kollaboration und Widerstand als konkurrierende Erinnerung. Der Zweite Weltkrieg in der Ukraine	Prof. Dr. Anke Hilbrenner (Bremen)

KONSTANZ

5. November 2015	Buchvorstellung und Podiumsdiskussion 4. Konstanzer Studententag der Polnischen Geschichte	In Kooperation mit den Universitäten Warschau und Zürich
------------------	--	--

LEIPZIG

2.–4. November 2015	Thementage osteuropa.kompetent	In Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Mittel- und Osteuropa u. a.
---------------------	--	---

MAINZ

10. November 2015	Kolloquium 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Ukraine auf der Suche nach einer neuen Geschichtskultur	Dr. Florian Peters (Potsdam)
-------------------	---	------------------------------

MÜNCHEN

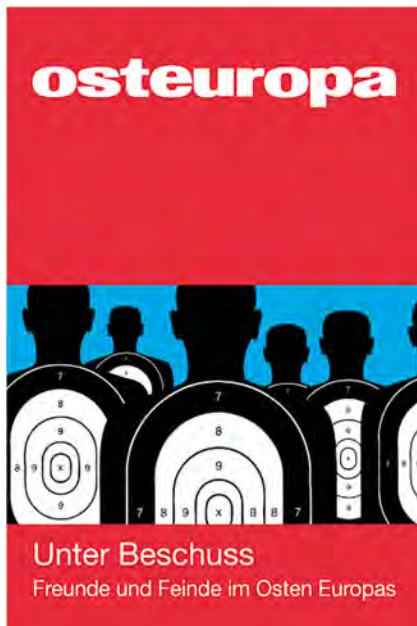
22. Juni 2015	Vortrag Der Zweite Weltkrieg in der polnischen und deutschen Erinnerungskultur	Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz (Wrocław)
23. Juni 2015	Vortrag Nation oder Religion? Konfessionskon- flikte in Bosnien-Herzegowina	Prof. Dr. Klaus Buchenau (Regensburg)
30. Juni 2015	Vortrag Kriegsverbrechen in Bosnien-Herzego- wina. Juristische Verfolgung und gesell- schaftliche Aufarbeitung	Prof. Dr. Ger Duijzings (Regensburg) Jacqueline Nießer (Regensburg)
2. Juli 2015	Vortrag Entlang der Ostfronten des Ersten Welt- krieges. Hinterland und Besatzung	Prof. Dr. Włodzimierz Borodziej (Jena)
26. Oktober 2015	Vortrag Vienna 1815: The Congress that never worked	Adam Zamoyski (London)
29. Oktober 2015	Vortrag Language and Identity in Ukraine after Euromaidan	Dr. Volodymyr Kulyk (Kiew)
5. November 2015	Vortrag Stalin and Postwar Antisemitism in the Soviet Union	Prof. Dr. Sheila Fitzpatrick (Sydney)

REGENSBURG

25. November 2015	Vortrag Human Rights Protection in Central Asia	Anastassiya Miller (Kasachstan)
-------------------	---	---------------------------------

Publikationen

OSTEUROPA



Im Mittelpunkt des Bandes **OSTEUROPA 4/2015** zum Thema „Unter Beschuss. Freunde und Feinde im Osten Europas“ stehen Analysen zum Antiamerikanismus, zu den Verschwörungstheorien in Putins Russland und zu den Lehren aus dem Ukraine Konflikt. Dazu kommen Studien zu den Flüchtlingen aus der Ostukraine sowie zur Lage in Charkiv und Dnipropetrovsk.

Das Heft hat 192 Seiten, 28 Abbildungen und sechs Farbkarten. Mitglieder der DGO erhalten es zum Vorzugspreis von 10 Euro (statt 15,-) zzgl. Porto.

INHALT

Andreas Heinemann-Grüder

Lehren aus dem Ukraine Konflikt

Das Stockholm-Syndrom der Putin-Versteher

Roland Götz

Billiges Gas für Russlands Freunde?

Fakten statt Thesen: Eine Replik

Alexander Libman

Eine zersplitterte Wissenschaft

Russlands Volkswirtschaftslehre und ihr politischer Einfluss

Karolina Wigura

Die ausgebrannte Generation

Präsidentenwahlen in Polen 2015

Stefan Gänzle

Die Donaunraumstrategie der EU

Ein makroregionaler Ansatz in der EU-Mehrebenen-Politik

RUSSLANDS BILDER VOM FEIND

Lev Gudkov

Antiamerikanismus in Putins Russland

Schichten, Spezifika, Funktionen

Il'ja Jablov

Feinde, Verräter, Fünfte Kolonnen

Verschwörungstheorien in Russland

Emil Souleimanov

Dschihadisten in Dagestan

Clans, Kompromisse und krumme Geschäfte

UKRAINISCHE WEGE

Olga Gulina

Nie wieder Krieg

Flüchtlinge aus der Ostukraine

Natalia Shapovalova

Mühen der Ebenen

Dezentralisierung in der Ukraine

Tatiana Zhurzhenko

Erinnerungskonflikte

Gedenkpoltik im postsowjetischen Charkiv

Andrij Portnov

Das neue Herz der Ukraine?

Dnipropetrovsk nach dem Euromajdan

BESTELLUNGEN

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030/30 10 45 -81/-82.



In Ausgabe 5-6/2015 zum Thema „Zeichen der Zeit. Europas Osten in Fernost“ geht es um Russlands Sicherheitspolitik in Ostasien und die Beziehungen Russlands zu China, Japan und Südkorea in Geschichte und Gegenwart. Schwerpunkte sind die Energie- und Pipelinepolitik, die Grenzdispute und der grenzüberschreitende Handel. Außerdem im Heft: Ein Strukturvergleich der Staatskapitalismen in China und Russland, eine Exploration der Tschernobyldebatte in Japan nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima sowie Blicke auf Osteuropa aus Fernost: Osteuropaforschung in China, Japan und Südkorea.

Das Heft hat 232 Seiten, zwei Karten und 37 Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten es zum Sonderpreis von 15 Euro (statt 20,-) zzgl. Porto.

INHALT

Andreas Renner

Čadaevs zweiter Ellenbogen

Eine „asiatische Wende“ für die Geschichte Russlands?

Xin Zhang

Nach dem Neoliberalismus

Staatskapitalismus in China und Russland

DIE VERFLECHTUNG: RUSSLAND IN NORDASIEN

Tatjana Linchoeva

Der Fremde

Russlandbild und Russlandpolitik in Japan, 1715–2015

Sören Urbansky

Adidas statt Stacheldraht

Die Öffnung der sowjetisch-chinesischen Grenze

Margarete Klein

Ambitioniert, aber ambivalent

Russlands Sicherheitspolitik in Nordostasien

Aleksandr Gabuev

Traumpartner China?

Russlands Suche nach neuen Öl- und Gasmärkten

Nicole Scicluna, Stefan Auer

Ein neuer Leviathan?

Russland, China und die Westfälische Grammatik

Seho Jang, Minsoo Kim

Ausbaufähig und fragil

Südkoreas Beziehungen mit Russland

Sören Urbansky

Grenze im Fluss

China-Russland: Das Echo des Territorialdisputes

Tobias Holzlehner

Handel gegen den Staat

Informelle Wirtschaft in Russlands Fernem Osten

RUSSLAND UND OSTEUROPA IM BLICK DES OSTENS

Cheng Yang

Strukturkrise und Neuanfang

Russlandforschung in China

Shaolei Feng

Bambus im Wind

35 Jahre Osteuropaforschung in China

Aufbruch, Dynamik, Internationalisierung

Slawisch-Eurasische Area-Studies in Japan: Ein Überblick

Joonseo Song

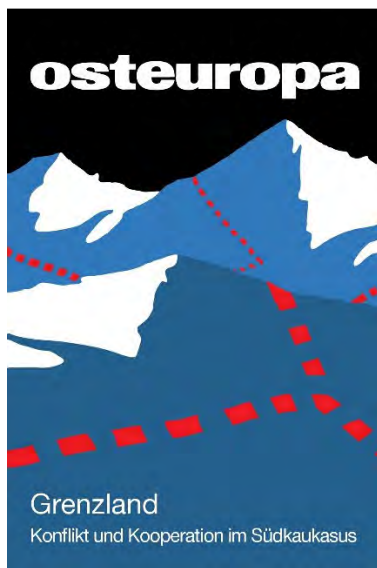
Russland aus südkoreanischer Sicht

Trends und Perspektiven der Forschung

Evelyn Schulz

Tschernobyl und Fukushima

Vom Versagen des Sozialismus zum Menetekel für Japan



Ausgabe 7–10/2015 zum Thema „Grenzland. Konflikt und Kooperation im Südkaukasus“ erscheint im Januar 2016. Im Südkaukasus existieren auf engem Raum eine Vielzahl unterschiedlicher Sprachen, Religionen, Kulturtechniken, Wirtschaftsformen und Herrschaftsmodelle. Diese Heterogenität war auch im Jahr 2015 Quelle von Konflikt und Kooperation in und zwischen den drei Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Gleichzeitig positionieren sich diese Staaten in unterschiedlicher Weise zu den angrenzenden Regionalmächten Türkei und Russland, zu den großregionalen Integrationsprojekten der Europäischen Union und der Eurasischen Union sowie zum weltpolitischen Akteur USA. Das Themenheft spiegelt die Vielfalt der Region in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur mit einem multidisziplinären Ansatz. Es bietet ein Forum der Debatte für Wissenschaftler aus den drei südkaukasischen Staaten, aus Deutschland, Russland und der internationalen sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung.

Das Heft wird etwa 450 Seiten haben und enthält zahlreiche Karten und Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten es zum Sonderpreis von 24 Euro (statt 32,-) zzgl. Porto.

INHALT

<i>Jörg Stadelbauer</i> Hochgebirge, Wüstensteppe, Großreiche Natur- und Geschichtsraum Südkaukasus	<i>Maria Koinova</i> Der Einfluss der Diaspora auf die Politik Der Fall Armenien	<i>Zaur Gasimov</i> Aserbaidschan: Exportware Führerkult Aliyev-Verehrung als Außenpolitik
<i>Tsypylma Darieva, Florian Mühlfried</i> Brücken und Gräben Die Sprachen, die Religionen, die Völker	<i>Eva Maria Auch</i> Naturschutz und Umweltschutz Die ökologische Frage in Aserbaidschan	DIE MACHT DER BILDER
<i>Thomas de Waal</i> Die große Katastrophe 100 Jahre Genozid an den Armeniern	<i>Davit Losaberidze</i> Regionen und lokale Selbstverwaltung Der Fall Georgien	<i>Sergej Rumjancev</i> Feiertage für das Volk Transnationale Erinnerung im Südkaukasus
<i>Jan Plamper</i> Stalinkult und Ethnizität „Koba“: Georgier oder Vater der Völker?	<i>Katharina Hoffmann</i> Gesellschaft und Staat Die lokale Ebene in Armen. und Aserb.	<i>Adrian Brisku</i> Europabilder in Georgien Eine Ideengeschichte
<i>Aleksandr Gol'dštejn</i> Denk an Famagusta! Ein Roman aus dem alten Baku	<i>Lina Verschwede</i> Unter dem Radar Politische Dynamik in Bergkarabach	<i>Zaal Andronikashvili</i> Freund und Feind Das georgische Russlandbild
<i>Z. Andronikashvili, Giorgi Maisuradze</i> Philologen gegen Philosophen Kleine Geschichte des unabhängigen Georgien	DIE MACHT DER MÄCHTE	<i>Franziska Thun-Hohenstein</i> Der russische Georgienmythos Romantische Utopie in sowjetischem Gewand
DIE MACHT DES STAATS	<i>Roland Götz</i> Erdöl und Erdgas im Südkaukasus Binnenversorgung, Export, Transit	<i>Georgi Gvakharia</i> Fabelhafte Filmkunst Poesie und Realismus im georgischen Film
<i>Andreas Heinemann-Grüder</i> Demokratie, Autokratie, Despotie Die politischen Regime: Ein Literaturbericht	<i>Uwe Halbach</i> „Inneres Ausland“ und „Nahes Ausland“ Russland im Kaukasus	<i>Sevil Huseynova</i> Islam und Moderne Identitätspolitik im Stadtbild von Baku
<i>Huseyn Aliyev</i> Von Familien und Freunden Netzwerke und informelle Beziehungen	<i>F. Smolnik, A. Weiss, Y. Zabanova</i> Prekäre Balance Die Türkei, Georgien und der De-facto-Staat Abchasien	<i>Michail Ryklin</i> Eine Philosophie der Freiheit Merab Mamardashvili und die Metaphysik der Agora
<i>Sofie Bedford, Emil Souleimanov</i> Tradition und Moderne Islam, Islamismus und Dschihadismus	<i>Gayane Novikova</i> Blockade à trois Das Dreieck Armen.-Aserb.-Türkei	<i>Oliver Reisner</i> Kirche und Staat Religion und politische Kultur in Georgien
<i>Christian Timm</i> Neoliberalismus und Staatskapitalismus Wirtschaft und Macht in Georgien	<i>Emil Souleimanov</i> Energie und ethnopolitische Stabilisierung Der Iran im Südkaukasus	<i>Florian Mühlfried</i> Reinheit und Religion Das Alwerdoba-Fest in Georgien
<i>Petra Opitz</i> Erneuerungsbedarf Energiewirtschaft im Südkaukasus	<i>Julien Zarifian</i> Werte und Interessen Die USA im Südkaukasus	<i>Ashot Manutscharian</i> Der Genozid an den Armeniern Ein Forschungsbericht
<i>Silvia Stöber</i> Aufklärung, Zensur, Propaganda Medien im Südkaukasus	<i>Michèle Knodt, Sigita Urdze</i> Ferne Nachbarn Die EU im Südkaukasus	



OSTEUROPA-RECHT 2/2015 beleuchtet unterschiedliche Aspekte von Zivilrecht, Wettbewerbsrecht, und Kreditsicherheiten in Ostmittel- und Osteuropa. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Arbeitsrecht, dem Wettbewerbsrecht und dem Grundpfandrecht in Polen sowie der Regelung von Bürgschaften im russischen und ukrainischen Recht.

Die Ausgabe hat einen Umfang von 127 Seiten.

INHALT

Konrad Kohutek

The Amendment of Polish Competition Law of June 2014 – Critical Remarks

Jolanta Schürmeyer

Der polnische Lohnausfallschutz bei Insolvenz des Arbeitgebers

Barthłomiej Swaczyna

Änderung des Inhalts der Hypothekenforderung im polnischen Recht – Ausgewählte Fragen

Przemysław Wołowski

Die Frage der Bestellung einer Hypothek nach der Beschlagnahme der Immobilie in einem Vollstreckungsverfahren nach polnischem Recht

Nataliya Y. Rasskazova

Proprietary Security in Russian Law in the Light of the Draft Common Frame of Reference

Liudmyla Savanets

The Pledge of Securities as a Way of Providing Satisfaction for Credit Obligation under Ukrainian Law

Katarzyna Południak

Causality of the Settlement in Polish Law

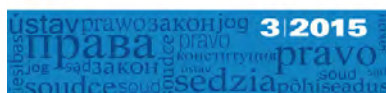
Igor Usenko

Säuberung der Staatsverwaltung auf Ukrainisch



Verwaltungsgerichtsbarkeit in Ostmitteleuropa

Polen
Tschechien
Slowakei
Ungarn
Litauen



OSTEUROPA-RECHT 3/2015 widmet sich dem Schwerpunktthema „Verwaltungsgerichtsbarkeit in Ostmitteleuropa“. In fünf Einzelbeiträgen wird die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Litauen systematisch abgehandelt. Die Beiträge thematisieren die Rechtsgrundlagen, die Gerichtsorganisation, den Kreis der bekämpfbaren Verwaltungsentscheidungen, das Verfahren vor dem Gericht, die Entscheidung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren sowie das Verhältnis der Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Individualbeschwerde an das Verfassungsgericht. Abgerundet wird Heft 3/2015 durch einen Beitrag zur slowenischen Genossenschaftsgesetzgebung und eine Abhandlung zum ungarischen Wahlrecht.

Die Ausgabe hat einen Umfang von 134 Seiten.

INHALT

Agata Klorek, Nina Leśniak-Niedbałec
Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Polen

Veronika Tomoszková, Maxim Tomoszek
Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Tschechien

Alexander Brörtl, Ľudmila Gajdošíková
Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Slowakei

Ildikó Vadál, Judit Zeller
Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Ungarn

Jurgita Paužaitė-Kulvinskienė, Rasa Ragulskytė-Markovienė
Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Litauen

Franci Avsec
Die Entwicklung der slowenischen Genossenschaftsgesetzgebung seit 1991

Ákos Cserny, András Téglási
Certain Elements of the Transformed Hungarian Electoral System in the Light of the Experience of the 2014 Elections

Stojan Mićović
Das Vereinsverbot als Herausforderung für das neue serbische Verfassungsgericht

BESTELLUNGEN

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Berliner Wissenschafts-Verlag: bwv@bwv-verlag.de. Einzelhefte der OSTEUROPA-RECHT kosten 22,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 76,00 Euro (für Mitglieder der DGO 57,00 Euro) zzgl. Versandkosten.

LÄNDER-ANALYSEN

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.

BELARUS-ANALYSEN

Belarus-Analysen Nr. 21 (24.06.2015)

Der Rigaer Gipfel

Agrarwirtschaft

Das Dekret gegen „Schmarotzertum“

Belarus-Analysen Nr. 22 (25.09.2015)

Belarus vor den Präsidentschaftswahlen

Hochschulreform in Belarus und der Bologna-Prozess

Belarus-Analysen Nr. 23 (19.10.2015)

Politische Machtsicherung

Belarus-Analysen Nr. 24 (07.12.2015)

Literatur-Nobelpreis für Swetlana Alexijewitsch

POLEN-ANALYSEN

Polen-Analysen Nr. 166 (07.07.2015)

Die jungen Polen und die Politik

Polen-Analysen Nr. 167 (01.09.2015)

Die Energieunion aus polnischer Perspektive

Polen-Analysen Nr. 168 (15.09.2015)

Das Referendum 2015: Wahlrecht und Parteiensystem

Polen-Analysen Nr. 169 (06.10.2015)

Polen und die Flüchtlingskrise

Polen-Analysen Nr. 170 (20.10.2015)

Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in Polen

Polen-Analysen Nr. 171 (10.11.2015)

Die Parlamentswahlen 2015

Polen-Analysen Nr. 172 (17.11.2015)

Die Parlamentswahlen 2015 aus der Geschlechterperspektive

Polen-Analysen Nr. 173 (01.12.2015)

Die neue PiS-Regierung – erste Wegmarken

RUSSLAND-ANALYSEN

Russland-Analysen Nr. 299 (03.07.2015)

Russische Wirtschaft

Russland-Analysen Nr. 300 (17.07.2015)

Der deutsche Russland-Diskurs

Russland-Analysen Nr. 301 (25.09.2015)

Regionalwahlen in Russland

Russland-Analysen Nr. 302 (09.10.2015)

Frauenpolitik und Genderdiskriminierung in Russland

Russlands Intervention in Syrien

Russland-Analysen Nr. 303 (23.10.2015)

Energiepolitik in Russland

Russland-Analysen Nr. 304 (06.11.2015)

Russland und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte

Russland-Analysen Nr. 305 (20.11.2015)

Russische Wirtschaftspolitik

Russland-Analysen Nr. 306 (03.12.2015)

Russlands Sicherheitspolitik

UKRAINE-ANALYSEN

Ukraine-Analysen Nr. 154 (24.06.2015)

Zwischenbilanz der Ukraine-Krise

Oligarchen

Aktuelle Wahlrends

Ukraine-Analysen Nr. 155 (16.09.2015)

Der Gassektor

Die Verfassungsreform

Aktuelle Wirtschaftsdaten

Ukraine-Analysen Nr. 156 (30.09.2015)

Der Reformprozess

Die Sprachenfrage in Kriegszeiten

Die Sicherheitspolitik

Ukraine-Analysen Nr. 157 (14.10.2015)

Die Kohleindustrie

Das Geschäftsklima

Der Umweltschutz

Ukraine-Analysen Nr. 158 (28.10.2015)

Die Krim

Die Minderheitenfrage

Ukraine-Analysen Nr. 159 (12.11.2015)

Die Lokalwahlen

Ukraine-Analysen Nr. 160 (26.11.2015)

Der Lustrationsprozess nach einem Jahr

Vertrauen in die politischen Institutionen

Ukraine-Analysen Nr. 161 (09.12.2015)

Lebensstandard

Wirtschaftsausblick

Aktuelle Umfragen zum Konflikt im Donbass

ZENTRALASIEN-ANALYSEN

Zentralasien-Analysen Nr. 90 (26.06.2015)
Turkmenistans Exportkrise und TAPI

Zentralasien-Analysen Nr. 91–92 (24.07.2015)
Landwirtschaftliche Beratungssysteme in Tadschikistan
Das Sterben der Saiga-Antilopen
Wahlkampf in Kirgistan

Zentralasien-Analysen Nr. 93 (18.09.2015)
Berufsbildung in Zentralasien

Zentralasien-Analysen Nr. 94 (30.10.2015)
Wasserverteilung in Zentralasien
Wirtschaftsrankings

Zentralasien-Analysen Nr. 95 (27.11.2015)
Die Parlamentswahlen in Kirgistan

CAUCASUS ANALYTICAL DIGEST

Caucasus Analytical Digest No. 74 (30.06.2015)
Local Governance

Caucasus Analytical Digest No. 75 (17.07.2015)
Informal Economy

Caucasus Analytical Digest No. 76 (07.09.2015)
Armenian Politics

Caucasus Analytical Digest No. 77 (14.09.2015)
Identity, Norms and Beliefs in Foreign Policy

Caucasus Analytical Digest No. 78 (05.10.2015)
Corruption

Caucasus Analytical Digest No. 79 (03.12.2015)
Parliamentary Elections in Azerbaijan

RUSSIAN ANALYTICAL DIGEST

Russian Analytical Digest No. 169 (30.06.2015)
Pivot to Asia

Russian Analytical Digest No. 170 (07.07.2015)
Eurasian Economic Union: A 6 months report

Russian Analytical Digest No. 171 (14.07.2015)
The politics of the Putin regime

Russian Analytical Digest No. 172 (14.09.2015)
Russian Arctic Sustainability

Russian Analytical Digest No. 173 (12.10.2015)
Russia and Regime Security

Russian Analytical Digest No. 174 (26.10.2015)
Gazprom – Challenges at home and abroad

Russian Analytical Digest No. 175 (16.11.2015)
Russia and the Conflict in Syria

Russian Analytical Digest No. 176 (04.12.2015)
Russia and the Baltics/Poland

DIALOG-PREIS 2015 DER DEUTSCH-POLNISCHEN GESELLSCHAFT

Die Redaktion der Zeitschrift OSTEUROPA erhielt gemeinsam mit der Journalistin, Schriftstellerin und Auschwitz-Überlebenden Zofia Posmysz den Dialog-Preis 2015 der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Die OSTEUROPA wurde für ihren langjährigen Beitrag zur Wissensvermittlung über die Staaten und Kulturen Mittel- und Osteuropas gewürdigt. Als europäische Plattform für den intellektuellen Austausch habe die Zeitschrift geistige Brücken zwischen Ost- und Westeuropa geschlagen und ihren Lesern neue Perspektiven auf die Kultur, Politik und Geschichte der östlichen Nachbarn eröffnet.



Dietmar Nietan, Markus Meckel, Manfred Sapper, Rita Süßmuth

Die feierliche Preisverleihung, an der rund 180 Gäste teilnahmen, fand am 6. November 2015 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn statt. Die Laudatio auf die Zeitschrift OSTEUROPA hielt Markus Meckel, von 1994 bis 2009 Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, dem er von 1990 bis 2009 angehörte.

Wir drucken einen Auszug aus der Laudatio von Markus Meckel:

Als ich mich im Vorfeld dieser Veranstaltung mit einer Kollegin über die Zeitschrift OSTEUROPA unterhalten habe, sagte sie mir: „OSTEUROPA ist wie eine großartige Frau: klug und geistreich, witzig und manchmal etwas scharfzüngig, dabei mit viel Herz(blut) und Sinn für das Gemeinwesen und darüber hinaus immer schön anzusehen.“ Und wie es mit großartigen Frauen so ist, sie werden geschätzt, bewundert und oft um Rat gefragt. So ist es auch mit dieser Zeitschrift, die sich weit über die Grenzen der Osteuropaforschung hinaus einen großen Leserkreis erarbeitet hat. Aufgrund ihrer inhaltlichen und geographischen Ausrichtung ist sie im gesamten deutschsprachigen Raum einzigartig.



Markus Meckel

[...] OSTEUROPA hat es vielen Lesern überhaupt erst ermöglicht, sich mit Ländern zu beschäftigen, die in der deutschen Politik, Gesellschaft und Wissenschaft viel zu selten untersucht werden. Dabei gilt: OSTEUROPA ist keine trockene fachwissenschaftliche Zeitschrift. Neben dem Transfer von Wissen in die Forschung und in die Politik, setzt sie sich insbesondere die Aufgabe, ihre Themen einer interessierten Öffent-

lichkeit zu präsentieren. Alle Beiträge kennzeichnet eine Sprache, die präzise genug ist, um ihrem Gegenstand gerecht zu werden, und so verständlich, dass keine Sprachbarrieren entstehen. Dieser Spagat gelingt der Redaktion auf beeindruckende Weise.

[...] Der Dialog-Preis passt ganz besonders zur Zeitschrift OSTEUROPA, weil die Redaktion den Dialog mit unseren Partnerländern über die EU-Grenzen hinaus fördert. Sie berichtet nicht allein über Länder, sondern lädt zu einem Austausch mit den Menschen dieser Länder ein. [...] In diesem Kontext ist das Verdienst der Zeitschrift herausragend, sei es als geistiger Brückenbauer oder auch als Impulsgeber, der wichtige politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Debatten eröffnet. Schon sehr früh, als die deutsche Außenpolitik noch ganz andere Wege ging, wurde hier auf die autoritären Entwicklungen und das noch lebendige imperiale Denken in Russland aufmerksam gemacht. Seit Jahren werden hier die komplizierten und widersprüchlichen Prozesse in der Ukraine analysiert und wird die entscheidende Bedeutung dieses Landes für Europa hervorgehoben. Über den Euromaidan in Kiew, die Annexion der Krim durch Russland sowie den Krieg in der Ostukraine findet sich hier mit das Beste, was in Deutschland dazu veröffentlicht wird. Die Zeitschrift müsste gewissermaßen Pflichtlektüre für jeden sein, der sich in der Politik mit diesen Fragen beschäftigt.

Indem sie bei aktuellen Fragestellungen und Problemen sachliche Zusammenhänge und Hintergrundanalysen liefert, tritt die Zeitschrift auch als politischer Akteur auf. Mit ihrem weitsichtigen Blick auf politische Realitäten hat mich das Redaktionsteam immer wieder stark beeindruckt. Dazu kommt die spürbare und leidenschaftliche Bindung an die europäischen Werte, denen wir gemeinsam verpflichtet sind. Diese werden uns hier – manchmal vielleicht penetrant wirkend – als gültige Handlungsorientierung in Erinnerung gerufen.



Manfred Sapper

Das entscheidende Zweiergespann im Redaktionsteam besteht aus Dr. Manfred Sapper, der seit 2002 die Leitung innehat und sich bald danach Dr. Volker Weichsel geholt hat. Sie sind es, die der Zeitschrift ihr Profil geben und die dafür sorgen, dass OSTEUROPA in den vergangenen Jahren einen intellektuellen Quantensprung machte. In einer Zeit, in der das öffentliche Interesse an Osteuropa stagnierte, gelang es den beiden, die Publikation zur attraktivsten Zeitschrift im deutschsprachigen Raum zu machen. Ohne sie wäre das Thema Osteuropa nicht so stark und qualifiziert in der Öffentlichkeit vertreten.

Das Zuhause dieser großartigen Frau, von der ich eingangs sprach, sind die Berliner Redaktionsräume. Jeder, der sie schon einmal besuchen durfte, kennt die unzähligen Papierstapel, das ganz offensichtlich kreative Chaos, in dem sich der Intellekt der beiden Redakteure, aber auch der weiteren Mitarbeiter, spiegelt. Manchmal weiß man nicht, so hörte ich aus dem Umfeld der OSTEUROPA, ob die beiden Redakteure mit dieser großartigen Frau oder sogar miteinander verheiratet sind. Zumindest verbringen sie einen großen Teil ihrer Lebenszeit zusammen mit dieser außergewöhnlichen Zeitschrift. Es ist offenbar keine Lebensabschnittsgemeinschaft, sondern für beide eine Passion, die sie zum Wohle der Osteuropa-Community seit vielen Jahren pflegen. Für ihre inspirierende Arbeit, ihre intellektuelle Spritzigkeit und ihr unermüdliches Engagement möchte ich beiden – Manfred Sapper und Volker Weichsel – und dem ganzen Team aus vollem Herzen danken.

MITGLIEDER

PERSONALIEN NEUAUFNAHMEN

Bojarski, Sebastian / Marburg
Buck, Dr. Katharina / Bremen, Böblingen
Conrad, Dr. Benjamin / Mainz
Feix, Stefan / Potsdam
Gunold, Sascha / Borkheide
Harzl, Dr. Benedikt / Graz (AT)
Kluge, Janis / Berlin
Kysliak, Oleksii / Frankfurt (Oder)

Lasch, Dr. Ines / Hamburg
Lehmann, Martin / Königswinter
Meißner, Christoph / Berlin
Schenke, Dr. Cornelia / Hamburg
Struve, PD Dr. Kai / Berlin
Wolff, Prof. Dr. Alexander / Würzburg
Worschech, Susann / Berlin
Zimmermann, Margarete / Greven

PERSONALIEN ABSCHIEDE

Djeković-Sachs, Dr. Liliana / München
Verstorben am 11. Juni 2015

Möller, Dietrich / Bruchhausen
Verstorben am 25. Oktober 2015

VERÖFFENTLICHUNGEN

Behrends, Jan C. (Hg.): *War, violence, and the military during late socialism and transition. Five case studies on the USSR, Russia, and Yugoslavia*. Nationalities Papers. The Journal of Nationalism and Ethnicity, 5/2015, Special Issue.

Behrends, Jan C. / Dubina, Vera / Sorokin, Andrei (Hg.): *Povsednevnaia žizn' pri socializme. Nemeckie i rossijskie podchody* [Alltag im Sozialismus. Deutsche und russische Zugänge]. Rosspen, Moskau 2015.

Beyme, Klaus von: *Die Russland-Kontroverse. Eine Analyse des ideologischen Konflikts zwischen Russland-Verstehern und Russland-Kritikern*. Springer VS, Wiesbaden 2015.

Bremer, Thomas / Haneke, Burkhard (Hg.): *Zeugen für Gott. Glauben in kommunistischer Zeit*. Band II, Aschendorff Verlag, Münster 2015.

Breuer, Marlena / Dathe, Claudia / Gruber, Paul / Onufriv, Sofia / Pusch, Daniela / Wutej, Anja (Hg.): *GeschichteN erzählen. Texte aus sieben Ländern*. Edition Fototapeta, Berlin 2015.

Brewer, Aljona / Lenkewitz, Anna / Plaggenborg, Stefan (Hg.): *„Gerechte Herrschaft“ im Russland der Neuzeit*. Dokumente, München 2014. <https://epub.ub.uni-muenchen.de/21202/1/%E2%80%9EGerechte%20Herrschaft%E2%80%9C%20im%20Russland%20der%20Neuzeit.pdf>

Brunnbauer, Ulf: *Globalizing Southeastern Europe. Emigrants, America, and the State since the Late Nineteenth Century*. Rowman & Littlefield, Lanham (Maryland) 2016 (im Erscheinen).

Brusis, Martin / Ahrens, Joachim / Schulze Wessel, Martin (Hg.): *Politics and Legitimacy in Post-Soviet Eurasia*. Palgrave Macmillan, London 2015.

Buchen, Tim / Rolf, Malte (Hg.): *Eliten im Vielvölkerreich. Imperiale Biographien in Russland und Österreich-Ungarn (1850–1918)*. De Gruyter Oldenbourg, München 2015.

Engel, Christine / Koreneva, Marina (Hg.): *Eigenheiten des russischen Verstandes... Erzählungen und Essays von Petersburger Autorinnen und Autoren*. Kitab-Verlag, Klagenfurt 2015.

Grandits, Hannes / Hirschhausen, Béatrice von / Kraft, Claudia / Müller, Dietmar / Serrier, Thomas: *Phantomgrenzen: Räume und Akteure in der Zeit neu denken*. Phantomgrenzen im östlichen Europa, Band 1, Wallstein Verlag, Göttingen 2015.

- Guth, Stefan:** *Geschichte als Politik. Der deutsch-polnische Historikerdialog im 20. Jahrhundert.* De Gruyter Oldenbourg, München 2015.
- Hallama, Peter / Stach, Stephan** (Hg.): *Gegengeschichte. Zweiter Weltkrieg und Holocaust im ostmitteleuropäischen Dissens.* Schriftenreihe der Societas Jablonoviana 3, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2015.
- Haslinger, Peter / Rolf, Malte** (Hg.): *Untergangsszenarien und Zukunftsvisionen: Deutschland und Russland im Fin de Siècle.* Themenheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 11/2015.
- Hein-Kircher, Heidi / Misāns, Ilgvars** (Hg.): *Stadtgeschichte des Baltikums oder baltische Stadtgeschichte? Annäherungen an ein neues Forschungsfeld zur baltischen Geschichte.* Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 33, Marburg 2015.
- Keil, Sören / Perry, Valery** (Hg.): *State-Building and Democratization in Bosnia and Herzegovina.* Southeast European Studies, Ashgate, Farnham (Surrey)/Burlington 2015.
- Kruessmann, Thomas** (Hg.): *Gender in Modern Central Asia.* LIT Verlag, Berlin et al. 2015.
- Kruessmann, Thomas** (Hg.): *Moving beyond the "Kosovo Precedent". EU-Integration for Moldova and the South Caucasus.* Grazer Beiträge zum Recht der Länder Südosteuropas und der Europäischen Integration, Bd. 4, LIT Verlag, Berlin et al. 2015.
- Kuhr-Korolev, Corinna:** *Gerechtigkeit und Herrschaft. Von der Sowjetunion zum neuen Russland.* Kulturen der Gerechtigkeit, Bd. 10, Wilhelm Fink Verlag, Paderborn 2015.
- Lecke, Mirja:** *Westland. Polen und die Ukraine in der russischen Literatur von Puškin bis Babel'.* Peter Lang Verlagsgruppe, Frankfurt a. M. et al. 2015.
- Raabe, Katharina / Sapper, Manfred** (Hg.): *Testfall Ukraine. Europa und seine Werte.* Suhrkamp Verlag, Berlin 2015.
- Rolf, Malte:** *Imperiale Herrschaft im Weichselland: Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864–1915).* De Gruyter Oldenbourg, Berlin 2015.
- Rose, Claudia:** *Competition, Entrepreneurship and Institutional Change in Transition. A Comparative Analysis of the Baltic and Three Post-Yugoslav Countries with Due Regard to the Austrian Tradition of Economics.* Metropolis, Marburg 2015.
- Struve, Kai:** *Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine.* De Gruyter Oldenbourg, München 2015.
- Urban, Thomas:** *Die Irrtümer des Kremls. Warum wir den Krieg im Osten Europas stoppen müssen.* Süddeutsche Zeitung Edition Streitschrift, München 2015.

VERANSTALTUNGSBERICHTE

BEYOND THE KREMLIN'S REACH? EASTERN EUROPE AND CHINA IN THE COLD WAR ERA – TRANSFERS AND ENTANGLEMENTS

The international conference “Beyond the Kremlin’s Reach? Eastern Europe and China in the Cold War Era - Transfers and Entanglements” had the aim to bring together scholars currently researching the relations between the People’s Republic of China (PRC) and the non-Soviet socialist states of Poland, Czechoslovakia, the GDR, Hungary, Romania, Bulgaria, Yugoslavia and Albania from 1949 to 1989. The central question to be answered was to what degree relations between China and the “Soviet satellites” in Europe developed independently from Soviet leadership against the backdrop of changing Sino-Soviet relations, which evolved from alliance in the 1950s to split and hostility in the 1960s and 1970s, and towards rapprochement in the final phase of the Soviet state. The conference focused especially on the social consequences and everyday dimensions of these relations, from cultural exchange to the transfer of technology and policy techniques, thus going beyond the analysis of classic diplomatic governmental interactions.

In the welcoming speech, Stefan TROEBST (Leipzig) made a statement reminiscing about the German professor, political scientist, journalist and government advisor, Klaus Mehnert, who held sway over the study of Sino-Russian/East European relations for almost half a century, between the 1930s and 1980s. Jan ZOFKA’s (Leipzig) opening remarks focused on the importance of the global dimension of 20th century state socialism, insufficiently reflected in the context of Eastern European Studies in Europe. In fact, he remarked, as history is written separately in different areas, with Eastern Europe experts dealing with Eastern Europe and Sinologists covering the Chinese history, international conferences can contribute to overcoming this separation. Zofka suggested that research on Sino-Eastern European relations could build upon approaches of “Socialist globalization” and the debates on relations between the socialist camp and the global South.

Shen ZHIHUA (Shanghai) opened the conference with a keynote speech, entitled “Structural Problems of Socialist International Relations”. He focused on “structural problems” as the center for his analysis of the backgrounds of the Sino-Soviet split. According to Shen, the peculiarity of socialist international relations was rooted in the new states’ leaders common experiences in the international workers’ movement, which highly affected diplomatic patterns. He underlined that, while the countries in the Western camp enjoyed mechanisms of conflict prevention and diplomatic dialogue, the relations between the countries in the socialist camp, which lacked such mechanisms, were characterized by escalating conflicts. Shen defined these patterns of socialist international relations as the main cause of the Sino-Soviet split dismissing attempts to try to explain the split in terms of ideology or economic interests.

Opening the first panel, which addressed the topic of trade and economic cooperation, Ge JUN (Shanghai) investigated in his talk the economic ties and trade between the PRC and the GDR in the early 1950s. Through an examination of archival material from China and Germany, Ge revealed that during the period of the Sino-Soviet alliance, the GDR relied on Moscow’s permission to manoeuvre in matters of economics and policy-related issues. However, the GDR tried to monopolise the trade relations between the PRC and West Germany. This was conducive to achieving two objectives: firstly, the GDR became Germany’s only representative in Sino-German relations and secondly, by taking advantage of West Germany’s commercial interests with China, the GDR managed to influence the society of West Germany in order to obtain political benefit in the matter of German reunification.

Daniela KOLENOVSKA (Prague) analyzed the Sino-Czechoslovak relations, by looking at bilateral cooperation in agriculture. Kolenovska’s paper offered an interesting insight

Fachtagung Geschichte
30. Juni–2. Juli 2015,
Leipzig

In Kooperation mit dem
Geisteswissenschaftlichen
Zentrum Geschichte und
Kultur Ostmitteleuropas
(Leipzig), dem Institut für
Geschichte der Ungarischen
Akademie der Wissenschaften,
der Graduiertenschule
für Ost- und Südosteuropastudien
(LMU München) und dem Centre for Cold
War International History
Studies (East China Normal
University Shanghai)

Bericht:
Alina Floriana Osiac (Global
and European Studies Institute,
Universität Leipzig)

Dieser Bericht ist auch auf
der Website von H-Soz-Kult
als Tagungsbericht veröffentlicht.

into such collaboration through a case study of the cooperation between the Vinařice agricultural cooperative and the cooperative farm in Cangzhou. Her exploration provided a picture of Prague's foreign policy that caved in to the ideological Marxist-Leninist vision of the world and shared its experience in building a communist society.

The presentation opening of the second panel, on cultural exchange between the Soviet Union and China during their phase of affection, was Austin JERSILD's (Norfolk) paper on cultural attitudes and beliefs. This gave insight into cultural exchange and representation within the "Second World", with a special emphasis on the socialist bloc image of China both at home and in China itself. Jersild argued that the socialist bloc's European countries sense of their cultural mission and sense of purpose regarding China, promoted cohesion and unity, rather than division, between the Soviet Union and East European countries. Soviet Union leaders transferred their domestic concepts of "internationalism" and "people's friendship", which implied a Russian-European hegemony, to the international sphere, and Europe was conceived as the centre and origin of culture.

Jozsef BÖRÖCZ's (New Brunswick) paper looked into the tour of an orchestra of the Hungarian People's army to China in 1956, as an example of cultural exchange between the two countries. Böröcz emphasized that the ensemble founders came up with a programme which was marked by the predominance of a Hungarian national frame on the one hand, and by a striking absence of Party-oriented Stalinist propaganda art, on the other. The program worked to broaden the official view of the revolutionary transformation, to include at least some segments of the peasantry under the concept of the "working class" that could, in turn, be regarded as a class endowed with the historical agency to carry forward the task of transforming the Hungarian society in a socialist direction. Hence, Böröcz concluded, the ensemble's program not only managed to cope with its assigned task to represent Hungary and the socialist transformation, but it was received with enthusiastic reactions by the Chinese audiences.

The third panel on deviationist policies in the socialist bloc, was opened by Jan ZOFKA's (Leipzig) discussion on the Bulgarian political elites' viewpoints of the Chinese "Great Leap Forward" campaign. Zofka pointed out that the Chinese campaign was initially regarded with appreciation by the Bulgarian press and party leadership, who rapidly called for an "economic leap". Although the Bulgarian campaign was not a perfect reflection of the Chinese model, it had however, several similarities with the comrades' operations in the PRC. However, Zofka argued, the "Chinese" elements in the Bulgarian economic policies were not meant to be a provocative step against the Soviet leadership, but rather reflected the openness of the situation in the "socialist world" in the second half of the 1950s.

Margaret K. GNOINSKA (Troy) depicted the figure of Kazimierz Mijal, a once high-ranking level communist in the leadership of the Polish People's Republic and a Stalinist activist attracted by Maoism. This curious dissident figure dared to challenge the authority of the Polish United Workers Party and promoted the Chinese model of socialism in the 1960s. At the time, the Sino-Soviet split was at its height and Wladyslaw Gomulka's government sided with Moscow only unwillingly. Gnoinska argued that Mijal's actions and the support received from Mao as part of Beijing's differentiation policy towards Eastern Europe, were actually not a useful political tool for the Polish party leadership, but rather had unwanted consequences, as they further aggravated Warsaw's relations with Moscow and contributed to the deterioration of Sino-Polish ties.

Within the fourth panel, on "Representations of the Other in the Chinese and Eastern European Press", Sören URBANSKY and Max TRECKER (both Munich) analyzed different ways of reporting on China between the mid-1950s and late 1960s. Urbansky and Trecker took into account the three leading official daily newspapers of the communist parties of Hungary, Poland and East Germany, as viable indicators of the respective governments' publicly communicated official position. Their focus was on not only "what" but also "how" the press reported on China, by considering the language means, the arrangements of the articles on pages, the discrepancies and omissions in the China coverage of the press. The differences in reporting reflect the varying positions towards Moscow and Beijing taken by East-Berlin, Warsaw and Budapest during the time of the cooling of Sino-Soviet ties. Hence, especially between 1957 and 1962, the China press coverage was inconsistent, whereas subsequently, a gradual harmonization can be observed in the three countries.

Li RUI (Beijing) examined the changing image of Eastern Europe in the Chinese press, by outlining Chinese internal dynamics to deal with the problems of the East European countries. Li's analysis reflects a closer relationship between the PRC and Eastern European countries in the 1950s, in comparison with the 1960s and 1970s. The changing image of Eastern Europe in China during the early 1980s developed on the background of incompatible policy practice. Hence, on the one hand, the Chinese government became more active and paid more attention to Eastern Europe, and as a result allowed different kind of information to be introduced domestically, while on the other hand, Eastern Europe remained passive in the face of Chinese attempts to revitalise relations, partially because it was undergoing considerable social change in the 1980s.

The last panel, on transfers of policies and technologies between Eastern Europe and China, was opened by Ana LALAJ (Tirana), who focused on the Chinese Proletarian Cultural Revolution's perception in Tirana and its influence on Albanian practice. Lalaj asserted that, after the breakoff of relations with the Soviet Union, it was only natural for Albanians to look up to the distant China. Hence, in 1966, with the implementation of Chinese practices and reforms, students, army members, workers and officials were sent to villages and new arable lands were created. Moreover, she argued that by virtue of the Chinese aid, Albanians carried out the industrialization of the country and upgraded the army to pursue complete fortification.

Peter VAMOS (Budapest) investigated Chinese-Hungarian relations during the last decade of Cold War, with a major focus on Deng Xiaoping's interests in the Hungarian reform experiences. While in China reforms lacked a clear goal and a guiding theory, in Hungary they had achieved outstanding results in certain fields, within a relatively short period of time. At first, the Chinese were searching for a socialist mode of economic management system on the Yugoslavian model, but by the early 1980s' they were already looking at the Hungarian model. By the mid-1980s, the Soviet experience on issues of economic modernization began to be considered by Chinese leaders as most-relevant to the practice-oriented reforms on which the PRC was embarking. Soon, Vámos concluded, Sino-East European relations gained importance for their own sake, with trade expanding quite rapidly but, by 1987, Hungary seemed to lose its prioritized position in China and the Hungarian reform was no longer a Hungarian Sonderweg.

In the closing plenary discussion, participants pointed out that, in spite of all deviations and autonomous action in the socialist world, the Soviet authority consistently remained present in the Sino-Eastern European relations, be it as the "elephant in the room" or be it as a more direct advisor. However, discussion statements also pointed out to a structural distance between order from above and implementation by actors beyond communist parties' leaderships, or "beyond the Kremlin". To further elaborate the tension between central power and the room to manoeuvre of actors on the ground remains one of the crucial tasks for the studies of socialist international relations.

IM SCHATTEN DER MINSKER ABKOMMEN: POTENTIALE VON ZIVILGESELLSCHAFT IN BELARUS

Minsk ist im russisch-ukrainischen Konflikt zu einem Ort internationaler Vermittlungsbemühungen avanciert. In der Rolle des Gastgebers ist Belarus aus der Isolation in den engeren Kontakt mit Deutschland und anderen Staaten der Europäischen Union getreten. Während die belarussische Regierung in der aktuellen Krise ihre Position festigt, sind viele zivilgesellschaftliche Akteure im Land durch die Folgen des Aufstands auf dem Majdan verunsichert. Rufe aus der Europäischen Union nach einer Revision der Politik der Östlichen Partnerschaft lassen bisher offen, was dies für die Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf gesellschaftlicher Ebene bedeutet. Welche Potentiale haben nicht-staatliche Akteure? Welchen Einfluss hat die aktuelle außenpolitische Krise auf ihre Arbeit und wie ist die Haltung westlicher Akteure gegenüber dem zivilgesellschaftlichen Sektor in Belarus?

Die im Herbst des vergangenen Jahres aus Belarus ausgewiesene Menschenrechtlerin und Direktorin des Zentrums für Rechtstransformation „Lawtrend“, Elena TONKAT-SCHOWA, erläuterte in einem einführenden Vortrag die Lage und Perspektiven zivilge-

Podiumsdiskussion
1. Juli 2015, Berlin

In Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin und der deutsch-belarussischen Gesellschaft

Bericht:
Dr. Gabriele Freitag

Foto:
deutsch-belarussische Gesellschaft

sellschaftlicher Organisationen in Belarus. Das Land, so Tonkatschowa, befindet sich in einer tiefgreifenden System- und Wirtschaftskrise. Die Transformation von Staat und Gesellschaft kann nur von innen heraus erfolgen. Für eine externe Unterstützung dieses Transformationsprozesses bewertet Tonkatschowa die belarussische Zivilgesellschaft als schwachen, aber einzigen verlässlichen Partner zur Durchsetzung demokratischer Werte und Normen. Das Programm der Östlichen Partnerschaft biete dabei wenig Unterstützung, da es keine



Gabriele Freitag, Elena Tonkatschowa

strukturellen Möglichkeiten für die Zivilgesellschaft bereitstelle, Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen. Nach der russischen Annexion der Krim sieht Tonkatschowa die Unabhängigkeit von Belarus akut gefährdet. Die Annexion spalte die Gesellschaft. Während einige Teile der Gesellschaft ein analoges Szenario für Belarus befürchteten, unterstützten andere die russische Perspektive.

Astrid SAHM von der deutsch-belarussischen Gesellschaft plädierte für ein breites Verständnis von Zivilgesellschaft, das sowohl Initiativen mit einem originär politischen Grundverständnis als auch Gruppierungen umfasst, die sich für konkrete Themen und Personengruppen, wie Ökologie oder Rechte von Behinderten einsetzen. Als problematisch bezeichnete Sahm den mangelnden rechtsstaatlichen Status zivilgesellschaftlicher Organisationen. Diese würden zwar inzwischen vom Staat im Bereich der Subsidiarität als geeignete Akteure anerkannt, verfügten aber über keine gesetzlichen Mittel, um Rechte einzufordern. Ihr Handlungsspielraum werde durch die rigide Gesetzgebung für die externe Förderung von Nichtregierungsorganisationen zusätzlich erschwert.

Aus der Perspektive einer internationalen Förderinstitution betonte Jörg FORBRIG vom German Marshall Fund of the United States, dass Initiativen gefördert würden, die eigene Ideen entwickelten. Wichtig sei es, Personen und Organisationen neben finanziellen Ressourcen auch Vertrauen zu vermitteln. In der Auseinandersetzung mit dem autoritären belarussischen Regime müssten die belarussischen Partner selbst in der Lage sein, politische Gefahren einzuschätzen. Ausländische Förderer müssten allerdings den grundsätzlich geltenden Anspruch an Transparenz immer gegen die Gefahren abwägen, die eine solche Transparenz für die Partner im Land darstellt. Gleichzeitig dürfe eine solche Vorsicht aber nicht in einen vorausseilenden Gehorsam gegenüber dem belarussischen Staat münden.

Der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der deutsch-belarussischen Parlamentariergruppe, Oliver KACZMAREK, warb für Verständnis dafür, dass sich die Politik Deutschlands und der EU gegenüber Belarus in einem Spannungsverhältnis zwischen einer Einbindung der Zivilgesellschaft und sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen Interessen bewege, die auf Regierungsebene ausgehandelt werden müssten. Das Gespräch mit der einen Seite könne das mit der anderen nicht ersetzen. Vertreter der belarussischen Zivilgesellschaft äußerten immer wieder die Erwartung, dass westliche Politiker sich konsequent gegen Menschenrechtsverletzungen aussprechen. Diese Erwartung könne auch im offiziellen politischen Dialog eingelöst werden.

FREIHANDEL MIT DER UKRAINE FAKTEN, FALLSTRICKE UND DIE FOLGEN

„Das Freihandelsabkommen als zentraler Kern des Assoziierungsabkommens war der Stein, der den Anstoß für die Proteste auf dem Majdan gegeben hat“, so die Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Gabriele Freitag. Das Abkommen besteht aus einem wirtschaftlichen und einem politischen Teil. Es wurde am 27. Juni 2014 unterzeichnet. Die Regelungen zum Freihandelsabkommen sind im wirtschaftlichen Teil festgehalten. Russland übt heftige Kritik an dem Freihandelsabkommen, das nach derzeitigen Plänen Anfang 2016 in Kraft treten soll. Gespräche zwischen Brüssel, Kiew und Moskau haben bisher keine Einigung erbracht. Was sind die Vor- und Nachteile des Abkommens? Wer wird zu den Gewinnern, wer zu den Verlierern des Abkommens zählen?

Die wissenschaftliche Direktorin am Institute for Economic Research and Policy Consulting (IER) in Kiew, Veronika MOVCHAN, sieht im Freihandelsabkommen zwischen der EU und Ukraine einen wichtigen Impuls für die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in der Ukraine: „Freihandel mit der EU ist der richtige politische Kurs für unser Land“, so Movchan. Aber unabhängig davon, ob das Abkommen letztendlich zustande komme, müsse die Ukraine dem Pfad, den die Verhandlungen vorgeben, weiter folgen. Das Hauptproblem sieht Movchan derzeit jedoch nicht im Zugang zum Markt, sondern in der Regulierung des Marktes. Es gebe in der Ukraine bereits eine Reihe von guten Gesetzen, diese würden bisher nur nicht durchgesetzt. Als Beispiel nannte Movchan den Schutz vor Korruption.

Dieser Beobachtung schloss sich Thomas OTTEN an, der seit 2006 in der Ukraine als Steuerberater tätig ist. Er nannte als zentrale Probleme der ukrainischen Wirtschaft die überbordende Bürokratie und die Korruption. Otten zufolge versprechen sich ukrainische Unternehmer von dem Abkommen die Vereinheitlichung von Regularien. Diese müssten dann im zweiten Schritt auch eingehalten werden. Im Moment sei das Rechtsstaatsprinzip in der Ukraine auf allen Ebenen sehr schwach ausgeprägt. Auch Otten wies darauf hin, dass es gute Gesetze gibt, sich aber niemand daran halten würde. Als großes Problem gilt hier nach wie vor die korrupte Justiz, wenngleich seit dem Sturz von Janukowitsch eine positive Trendwende zu erkennen sei. Otten zeigte sich optimistisch und rechnet in fünf bis acht Jahren mit sichtbaren Verbesserungen des Rechtstaatssystems.

Miriam FREY, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg, machte darauf aufmerksam, dass infolge des Freihandels zwischen der EU und der Ukraine das Problem entstehen könne, dass nicht-wettbewerbsfähige ukrainische Unternehmen vom ukrainischen Markt verdrängt werden. Im schlimmsten Fall könne dies zur Deindustrialisierung der Ukraine führen.

Wichtig sei, die Produktivität ukrainischer Unternehmen zu erhöhen, zum Beispiel mithilfe ausländischer Direktinvestitionen. Wie Movchan und Otten begreift auch Frey die Rechtssicherheit als zentrale Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung: „Bürokratieabbau und Korruptionsbekämpfung“ müssten dabei oberste Priorität haben. Entscheidend sei die Verbesserung des Investitionsklimas, also der Schutz von ausländischen Investitionen.

Alle drei Diskutanten waren sich einig, dass das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU keine wirtschaftliche Gefahr für Russland birgt. Frey wies darauf hin, dass der ukrainische Markt für russische Güter nicht wichtig sei. Insgesamt überwiegen nach Meinung der Diskutanten die Vorteile des Freihandelsabkommens deutlich die möglichen Nachteile. Als positiv erachteten die Diskutanten insbesondere die angestrebte Vereinheitlichung und Gültigkeit von Regularien.

Podiumsdiskussion
16. September 2015,
Berlin

In Kooperation mit der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit.

Bericht:
Oleksii Kysliak

Foto:
Manuel Rommel



Miriam Kosmehl, Veronika Movchan, Miriam Frey

Podiumsdiskussion
20. September 2015, Berlin

In Kooperation mit dem
German Marshall Fund of
the United States

Bericht:
Oleksii Kysliak

Belarus, direkter Nachbar der Europäischen Union und Russlands, ist von den dramatischen Entwicklungen in Osteuropa besonders betroffen. Der Ukraine-Konflikt hat dem Land einen politischen Drahtseilakt abverlangt: Belarus sieht sich einerseits als engsten Verbündeten Russlands in der Region, muss andererseits aber Beschneidungen seiner Souveränität seitens seines revisionistischen Nachbarn fürchten. Die Wirtschaftskrise in Russland und der Ukraine hat tiefe Spuren auch in Belarus hinterlassen.

Die schwierige Gemengelage wirft grundlegende Fragen nach der weiteren inneren wie äußeren Entwicklung von Belarus auf. Journalisten und Experten aus Belarus diskutierten die allgemeine sozio-ökonomische und politische Situation im Land vor der Präsidentschaftswahl, zu der – anders als 2010, als es immerhin zehn Kandidaten gab – dieses Mal nur drei Kandidaten neben Lukaschenka antreten dürfen.

Zwei von diesen Kandidaten seien überdies keine echten Gegner von Lukaschenka, so der Journalist und Redakteur Aliaksander KLASKOUSKI (Minsk). Lediglich die Kandidatin Tazjana Karatkewitsch von der Belarussischen Sozialdemokratischen Partei sei unabhängig. Ihre Chancen seien jedoch gering, weil die Bevölkerung vor der Wiederholung des ukrainischen Szenarios Angst hätte. Die Opposition, so Klaskouski, befände sich derzeit in einem Kampf ums Überleben.

Der einzige ernstzunehmende innenpolitische Feind von Lukaschenka sei die aktuelle wirtschaftliche Situation. Die Wirtschaftsjournalistin Iryna KRYLOVICH (Minsk) wies auf die derzeit größten Probleme im Land hin: die innere strukturelle Krise, die wirtschaftliche Stagnation und die Währungskrise. In diesem Kontext sei auch die Freilassung von politischen Häftlingen zu sehen. Auslöser dafür seien weniger die humanitären Gründe, wie Lukaschenka es formulierte. Hinter der Begnadigung als Zeichen der Annäherung an die EU stehe viel mehr die Notwendigkeit, an ausländischen Kredite – z. B. vom Eurasischen Fonds für Stabilität und Entwicklung oder vom Internationalen Währungsfonds – zu kommen, so Krylovich.

Aber auch Russland befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Umso größer sei Russlands Interesse an der Stabilität von Belarus und an der Möglichkeit, Einfluss auf Belarus zu nehmen. Die russische Nutzung von Flugzeugbasen in Belarus sei eine gute Option für Putin, diesen Einfluss zu behalten, so der belarussische Sicherheitsexperte Andrei PARATNIKAU (Minsk).

Nach der sogenannten Begnadigung der letzten politischen Häftlinge werden in der Europäischen Union die Stimmen derjenigen lauter, die eine Lockerung der EU-Sanktionen gegen Belarus fordern, Ihor PREIHERMAN, Forschungsdirektor des analytischen Zentrums „Liberaler Club“, sieht nur begrenzt Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von Europäischer Union und Belarus. Kernproblem sei nach wie vor die schlechte Menschenrechtslage in Belarus, so Preiherman. Die Positionierung von Belarus in der Ukraine-Krise schätzte er als sehr positiv. Insgesamt befände sich Belarus auf dem Weg zur Abschaffung von Sanktionen.

Knackpunkt in den Beziehungen mit der EU sei den Diskutanten zufolge die Rolle von Belarus in der Östlichen Partnerschaft. Belarus ist zwar Mitglied der Östlichen Partnerschaft, ist aber noch immer nur in multilaterale, nicht in bilaterale Verhandlungen eingebunden.

BACK TO THE FUTURE? IDEAS AND STRATEGIES OF RETROGRADE MODERNIZATION IN RUSSIA AND THE POST-SOVIET REGION

Obwohl strukturelle Rahmenbedingungen eine demokratische Regierungsführung in Russland begünstigen, hat sich in den letzten Jahren ein autoritäres Modell verfestigt. Im Zuge der Wirtschaftskrise haben sich die regierenden Eliten dabei zunehmend auf symbolische Legitimitätsressourcen gestützt. Anachronistisch anmutende Begriffe und Ideen wie „Noworossija“ oder „Importsubstitution“ tauchen dabei immer wieder zur Begründung politischen Handelns auf.

Die Referenten der Tagung waren eingeladen, diese – mit dem Begriff „Retro-Modernisierung“ umschriebenen – Legitimationsmuster in ihren politischen Kontexten und aus der Perspektive sozial- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen zu analysieren. Die Tagung wurde gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und vom Kompetenznetz „Institutionen und Institutionenwandel im Postsozialismus“ veranstaltet. Das Kompetenznetz ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierter Projektverbund, der aus acht Forschungsvorhaben an sechs deutschen Universitäten besteht und die Regionalstudien zum postsowjetischen Raum stärken soll.

Die Referenten des ersten Panels befassten sich mit der russischen Verfassungsrechtsprechung und Staatsphilosophie. Mikhail ANTONOV (Higher School of Economics, St. Petersburg) wies in seinem Vortrag darauf hin, dass nach dem vorherrschenden Souveränitätsverständnis die russischen Verfassungsorgane selbst die Grenzen der staatlichen Souveränität bestimmen und damit darüber entscheiden, inwieweit Menschenrechtsstandards und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) umgesetzt werden. Caroline VON GALL (Universität Köln) erläuterte in ihrem Referat, dass das russische Verfassungsgericht die ursprünglich europarechtsfreundliche Ausrichtung und Auslegung der Verfassung geändert habe und die russische Verfassung als vorrangig gegenüber EGMR-Urteilen betrachte.

Das sich darin ausdrückende traditionelle staatszentrierte Souveränitätsverständnis werde, so Greg YUDIN (Higher School of Economics, Moskau/New York), durch Meinungsumfragen noch gestärkt. Infolge des Bedeutungsverlusts von Wahlen, die keine repräsentative Gültigkeit mehr für das Stimmungsbild der russischen Gesellschaft hätten, seien Meinungsumfragen zu einem wichtigen Gradmesser der Zustimmung zu staatlichen Institutionen und Politiken in der Bevölkerung avanciert. In der Diskussion ging es unter anderem um die Frage, inwieweit Wladislaw Surkows Konzept der „Souveränen Demokratie“ sowie die Theorien konservativer Staatsdenker wie Iwan Iljin im zeitgenössischen russischen Staats- und Rechtsdenken rezipiert werden und Einfluss besitzen.

Die ideellen und politischen Dispositionen regierender russischer Eliten und deren Implikationen für Russlands Einbindung in eine europäische Sicherheitsordnung waren das Leitthema der öffentlichen Podiumsdiskussion am Abend. Sabine FISCHER (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) charakterisierte die politischen Entscheidungsprozesse als schwer prognostizierbare Interaktionen in einem Netzwerk persönlicher Beziehungen um den Staatspräsidenten. Die militärischen Interventionen in der Ukraine und in Syrien zielten darauf, eine Einflusszone im postsowjetischen Raum und einen Status als gegenüber den USA ebenbürtige Großmacht zu beanspruchen. Ivan TIMOFEEV (Russian International Affairs Council, Moskau) stellte fest, dass die russische Außen- und Sicherheitspolitik trotz der Ungewissheit über interne Entscheidungsprozesse in ihrer Grundausrichtung insofern berechenbarer geworden sei, als alle entscheidenden Akteure die militärischen und ökonomischen Aktivitäten des Westens im postsowjetischen Raum nunmehr als Nullsummenspiel bewerten würden.

Hinter der Fassade formaler Institutionen und Verfahren verbirgt sich nach Michael KOFMANs (Wilson Center, Washington) Einschätzung ein effektiv organisiertes autoritäres

Internationale Fachtagung und Podiumsdiskussion
23.–24. Oktober 2015,
Berlin

In Kooperation mit dem
Kompetenznetz „Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus“ (KomPost)

Bericht:
Dr. Martin Brusis

Foto:
Oleksii Kysliak

Regime. Militärische Denkmuster und Handlungslogiken würden allerdings, wie Kofman bemerkte, im Entscheidungsprozess zunehmend größeres Gewicht erhalten. Wolfgang ISCHINGER (Münchener Sicherheitskonferenz, München) zeigte sich trotzdem optimistisch, über diplomatische Verhandlungs- und Verständigungsprozesse auf die russische politische Führung einwirken zu können und beschrieb seine positiven Erfahrungen aus früheren Gesprächen mit Präsident Putin. In den Gesprächen zur Vorbereitung des deutschen Vorsitzes in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erweise sich jedoch vor allem Russlands Vertreter als schwieriger Partner, etwa in der Frage, inwieweit die im Helsinki-Prozess erreichten Prinzipien und Regeln in vollem Umfang zu respektieren seien.



Sabine Fischer, Ivan Timofeev, Martin Brusis, Wolfgang Ischinger, Michael Kofman

Die Debatte verdeutlichte, dass Russlands Außen- und Sicherheitspolitik einerseits in Syrien und in der Kritik am Sturz des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch Staatlichkeit absoluten Vorrang gegenüber Demokratie und politischer Legitimität einräumt, andererseits die Staatlichkeit post-sowjetischer Staaten durch Annexion, verdeckte Unterstützung von Separatisten und Einfrierung von Staatlichkeitskonflikten schwächt. Während es unklar blieb, inwieweit das ausgreifende Misstrauen in den Ost-West-Beziehungen durch einen diplomatischen Prozess eingehegt werden kann, rechnete Kofman damit, dass der zukünftige US-Präsident die von der Obama-Administration vertretene strategische Zurückhaltung aufgeben und eine pro-aktivere machtbegrenzende Russlandpolitik verfolgen werde.

Die am zweiten Konferenztage folgenden panels lieferten vielfältige empirische Beobachtungen und Belege für die auffällige Präsenz von Vergangenheitsbezügen in aktuellen Diskursen. Alexei LEVINSON (Levada-Zentrum, Moskau) und Mykhailo MINAKOV (Nationale Universität Kiew-Mohyla-Akademie, Kiew) skizzierten umfassendere, zyklisch gedachte Gegenwartsdiagnosen. Für Levinson hat Russlands siegreiche Vergangenheit nun die Stelle der Zukunft in der Vorstellungswelt vieler Russen eingenommen, nachdem drei frühere Zukunftsvisionen – Kommunismus, Demokratie und die Hoffnungen der Massenbewegung vom Bolotnaja-Platz – „abgetrieben“ worden waren. Minakov unterschied zwischen einer oligarchischen Demodernisierungsphase, einer daran anschließenden autoritären Modernisierung, die in eine Demodernisierung umschlage und schließlich einer revolutionären Modernisierung weiche. Er betonte die Ähnlichkeiten zwischen der Ukraine und Russland und sah den Bedarf an freiheitsverbürgenden Rechten als wichtige Triebkraft für den Übergang von der autoritären Demodernisierungsphase in ein Stadium revolutionärer Modernisierung.

Wie einzelne Diskursstränge diese Phasen- und Horizontwechsel spiegelten, wurde in den übrigen Beiträgen der panels illustriert. Joachim ZWEYNERT (Universität Witten/Herdecke) deutete die von der Präsidentenpartei Einiges Russland propagierte Idee der Konservativen Modernisierung als Versuch, die mit Präsident Medwedews Programmschrift „Rossija vpered!“ 2009 verbundene Modernisierungsinitiative politisch zu kanalisieren. Dieses Verlaufsmuster gleiche der Blockierung von Modernisierungsversuchen in der Ära Breschnjew. Parallel dazu rekonstruierte Ivan BOLDYREV (Universität Witten/Herdecke) die konservative Wende des Wirtschaftsmagazins „Ekspert“, das zunächst als Projekt einer staatsunabhängigen nationalen Mittelschicht gegründet wurde, aber nach der Verurteilung Michail Chodorkovskis zunehmend regierungsamtliche Diskurse übernahm.

Die neuere russischsprachige Populärliteratur zu historischen Themen enthalte nicht nur vereinfachende und mythisierende Deutungsangebote für aktuelle Konflikte, wie Olexandr ZABIRKO (Universität Münster) in seinem Vortrag erläuterte; vielmehr hätten die Autoren auch in einzelnen Romanen den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine antizipiert. Alfred SPROEDE (Universität Münster) unterstrich den Einfluss der Rechtstheorien Iwan Iljins und Carl Schmitts auf konservative Intellektuelle wie Aleksandr Prochanow. Die Diffusion naturrechtlicher, etatistischer und depositivierender Ideen zeichnete Nikolaj PLOTNIKOV (Universität Bochum) am Begriff der Gerechtigkeit nach, der in der Zeit der Perestrojka zur Legitimierung politischer Reformen benutzt wurde, nach 1991 zunächst aus dem Diskurs verschwand und in den letzten Jahren in Verbindung mit dem Begriff der „Pravda“ wieder als Legitimationsfigur an Bedeutung gewann. Diese Entwicklung lässt sich, so Plotnikov, als Wandel von der „Diktatur des Gesetzes“ zum „Staat der Wahrheit“ resümieren.

In den Debatten zu diesen Vorträgen wurde zum einen angeregt, für das Konzept der Retro-Modernisierung zu klären, auf welche vergangene Episode rekurriert wird. Zum anderen wurde an den von Ernst Bloch geprägten Begriff der Ungleichzeitigkeit erinnert, der die Moderne als Zusammentreffen traditionaler Mentalität und technologisch-sozioökonomischem Fortschritt kennzeichne und nach Blochs Auffassung die Attraktivität des Nationalsozialismus in Deutschland erklären könne.

UKRAINE'S HISTORICAL AND CONTEMPORARY INTERLOCKINGS: A TRANSNATIONAL PERSPECTIVE ON TRANSFORMATIONS

Spätestens seit den Euromaidan-Protesten wird die Ukraine im westlichen Europa ganz im Sinne ihres Namens als ein „Land an der Grenze“ wahrgenommen – und damit als ein Land zwischen divergierenden, wohl auch konkurrierenden Entwicklungspfaden. Die ukrainische Identitätsbildung vollzieht sich entlang zahlreicher historischer Brüche und verschiedenster regionaler, kultureller, sprachlicher, wirtschaftlicher und politischer Zugehörigkeiten in Geschichte und Gegenwart. Das Ziel der Fachtagung „Ukraine's historical and contemporary interlockings: A transnational perspective on transformations“ war es, diese transnationalen Verbindungen und Netzwerke zu thematisieren und mit den konflikthafter Prozessen der Staatsbildung und Demokratisierung, der Wirtschaftsentwicklung sowie mit den Ursachen und dem Verlauf der heutigen Staatskrise in Zusammenhang zu setzen. Zugleich sollte die Konferenz Hinweise darauf geben, inwiefern Transnationalismus als analytische Perspektive für die ambivalenten und komplexen Transformationsprozesse in post-sowjetischen Ländern neue Methoden und Erkenntnisse ermöglicht und damit über den in der bisherigen Betrachtung der Ukraine üblichen methodologischen Nationalismus hinausweist.

Während der gesamten Konferenz wurde deutlich, dass die Euromaidan-Proteste als Wendepunkt der jüngsten Geschichte der Ukraine den wichtigsten Bezugspunkt einer jeden Diskussion darstellen. Nicht nur die Entwicklung der Politik und der Zivilgesellschaft, sondern auch Wirtschaft, Elitenstruktur und gesellschaftliche Entwicklung werden in dem Narrativ des „prä-Maidan“ und „post-Maidan“ analysiert. Die Referenten diskutierten transnationale Verbindungen der Zivilgesellschaft, der Protestteilnehmer oder der Oligarchen sowie die Bedeutung außerukrainischer Unterstützungsnetzwerke für unterschiedliche politische Strömungen seit dem Euromaidan.

Die externe Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft etwa durch US-amerikanische Geberorganisationen ist in den digitalen westlichen Medien eine beliebte rhetorische Figur zur Diffamierung des Euromaidan. Tetiana KOSTIUCHENKO (Nationale Kiewer Mohyla-Akademie) und Hanna SÖDERBAUM (Uppsala Universität) konnten zeigen, dass transnationale Verflechtungen jener zivilgesellschaftlichen Organisationen, die den

Fachtagung Politik
5.–6. November 2015,
Frankfurt (Oder)

In Kooperation mit dem
Institut für Transformationsstudien (FIT) an der
Europa-Universität Frankfurt
(Oder)

Bericht: Susann Worschech

Fotos: Ulrike Sapper

Euromaidan aktiv unterstützt und „getragen“ haben, während der Proteste praktisch kaum existent waren. Erst mit ihrer organisatorischen Konsolidierung nach den Protesten nahmen diese NGOs Verbindungen zu außereuropäischen Organisationen und potenziellen Förderern auf.

Auch der Einfluss der ukrainischen Diaspora auf den Euromaidan erscheint gering. In Deutschland oder Polen traten die Ukrainer*innen vor dem Euromaidan kaum als Gemeinschaft auf. Sie waren in unterschiedlichen Gruppierungen mit verschiedenen gesellschaftspolitischen Ausrichtungen und Bezügen zur Ukraine organisiert (Andriy KORNIYCHUK, Institute for Public Affairs, Warschau, Magdalena PATALONG und Richard STEINBERG, beide Institut für Europäische Politik, Berlin). Erst durch die Ereignisse in der Ukraine gelang es den Ukrainer*innen in Deutschland und Polen – insbesondere durch die Nutzung digitaler Medien – interne Konfliktlinien zu überwinden und sich stärker als „ukrainische Diaspora“ zu identifizieren. Diese Zugehörigkeit entsteht allerdings, so die Autor*innen, nicht auf der Basis der gemeinsamen Herkunft, sondern durch gemeinsame Projekte und Initiativen. Doch selbst die gut organisierte ukrainische Diaspora-Gemeinschaft in Kanada scheint weitaus weniger Einfluss auf den Euromaidan gehabt zu haben, als dies umgekehrt der Fall war (Alexander CLARKSON, King's College, London). Transnationale Verbindungen scheinen für den Protest insgesamt weniger relevant gewesen zu sein; vielmehr sind diese durch die Proteste in der Ukraine erst (re)aktiviert und politisiert worden.

Ein weiteres Schlagwort, welches im öffentlichen Diskurs vielfach mit der Ukraine in Zusammenhang gebracht wird, ist der Begriff der „gespaltenen Gesellschaft“. Viele Beiträge der Konferenz behandelten denn auch Fragen der Identitätsbildung innerhalb der ukrainischen Gesellschaft, welche durch zahlreiche – vor allem aber: vielfältige – historische wie gegenwärtige transnationale Bezüge geprägt ist. So kann die Ukraine hinsichtlich ihrer sowjetischen Geschichte als national in ihrer Form, aber transnational in ihrem Wesen beschrieben werden (Matthias STADELMANN, Ruhr-Universität Bochum). Dennoch zeigt sich beispielhaft an der Region Bessarabien, dass in der Staatsbildung der Bezug auf die Ethnie auch deshalb eine Rolle spielt, weil während der Sowjetzeit „Ethnie“ als administrative Kategorie genutzt worden ist, um über ethnische Organisationen die staatliche Ressourcenverteilung zu regulieren (Simon SCHLEGEL, Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle). Dieses im Effekt klientelistische System wirkt bis in die Gegenwart. Ethnizität und nationale Zugehörigkeit sind zwar stark miteinander verwoben, letztere wird aber je nach regionaler Herkunft unterschiedlich interpretiert. Zu diesem Ergebnis kam eine Analyse zur identitären Selbstverortung von Flüchtlingen aus dem Donbass und von der Krim, die in der Ukraine als Binnenflüchtlinge oder in Polen leben (Anna TROFIMOVA, Ethnologisches Institut der Nationalen Akademie der Wissenschaften, Lviv). Das Konzept einer multinationalen oder multiethnischen Identität hingegen spielte für die in dieser Studie Befragten keine Rolle.

Die identitäre Auseinandersetzung in der Ukraine mit Russland und der Sowjetunion wurde in zahlreichen Beiträgen thematisiert. So konnte Ivan KOZACHENKO (Universität Alberta, Kanada) zeigen, dass in der politischen Mobilisierung der sogenannten „Antimaidan-Proteste“ vor allem in sozialen Medien eine Mischung aus vorsowjetischen, sowjetischen und traditionell slawischen Narrativen und Symbolen genutzt wurde, um einen reaktionären politischen Wandel hervorzurufen. Solche vorsowjetischen Mythen unterfüttern auch das „Novorossija“-Projekt als imaginäres Territorium und identitärer Bezugspunkt einer letztlich transnationalen Gemeinschaft, die sich hinsichtlich dieser neu konstruierten „nationalen“ Identität konstituiert und mit militärischen Mitteln eine Realisierung und damit Reifikation dieses Mythos einzufordern versucht (Mykhailo MINAKOV, Nationale Kiewer Mohyla-Akademie).

Zugleich ist ein Wandel in der Wahrnehmung wichtiger historischer Bezugspunkte in der post-Maidan-Ukraine erkennbar. Sowjetische und postsowjetische Narrative sollen modernisiert und „ukrainisiert“ werden: Das offizielle Logo zum Tag des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg und den Sieg über den deutschen Faschismus wurde im Jahr 2015 von sowjetischer Symbolik gelöst und modernisiert. In der offiziellen Wahrnehmung wurde ein „hybrides Gedenken“ kommuniziert und mit der aktuellen Krisensituation der Ukraine als Kampf um deren Europäisierung symbolisch in Verbindung gebracht (Yuliya YURCHUK, Universität Södertörns, Schweden). Demgegenüber verharret die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den ukrainischen Akteuren des Zweiten Weltkriegs, namentlich der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der paramilitärischen Ukrainischen Befreiungsarmee (UPA), in Kritiklosigkeit bis Glorifizierung. Dies hängt damit zusammen, dass die Aufarbeitung der Geschichte, in welcher das Narrativ des Großen Vater-

ländischen Krieges lange Zeit absolut dominant war, gerade erst begonnen hat (Zhanna MYLOGORODSKA, Universität Leipzig). Die transnationale Betrachtung von OUN und UPA ist bestimmt durch die Kategorisierung als „Banderovtsi“ seitens Russland einerseits und eine ambivalente Haltung Polens andererseits.

Den Krieg als per se transnationales Phänomen analysierten zwei Beiträge, die sich mit Kriegsakteuren auf zwei unterschiedlichen Feldern befassten: den Anführern (para-) militärischer Einheiten und den Medien. Christopher GILLEY (Universität Hamburg) zeigte beeindruckende Parallelen in der Symbolik und im Habitus heutiger „Warlords“ paramilitärischer Einheiten und jener Kommandeure aus dem ukrainischen Bürgerkrieg der Jahre 1917 und 1922. Auffällig ist hier besonders die wohl bewusste Bezugnahme heutiger Anführer paramilitärischer Gruppen (wie z. B. des russische Kommandeurs Igor Girkin/Strelkov) auf die damaligen „Otamany“. Damals wie heute betätigen sich diese Warlords auf „Gewaltmärkten“, um ökonomische und machtpolitische Interessen ihrer Führer und Sponsoren durchzusetzen. Ohne historisches Beispiel, dafür umso stärker auf der Basis transnationaler Verbindungen operieren russische Medien, um die politische Meinungsbildung in Deutschland im Sinne der russischen Ukrainepolitik zu beeinflussen (Susanne SPAHN, Berlin). Die wichtigste Rolle dabei spielt allerdings nicht das Netzwerk russischer Medienanstalten und -vertreter*innen im deutschsprachigen Raum, sondern prominente individuelle Unterstützer*innen der russischen Politik wie z. B. Gabriele Krone-Schmalz oder Matthias Platzeck, die in Deutschland hohes Vertrauen als „unabhängige Expert*innen“ genießen und russische Narrative in deutschen Talkshows vertreten.

Mit der Rolle russischer und ukrainischer Medien während und nach den Protesten beschäftigten sich Maxim ALYUKOV (Public Sociology Laboratory, St. Petersburg) und Hanna SÖDERBAUM (Universität Uppsala). In ihrer Studie zeigten sie, dass seit dem Euromaidan ein Wandel in der medialen Beurteilung von Oligarchen in ukrainischen und russischen Medien beobachtbar ist. Die Richtung dieses Wandel – hin zu einer kritisch-distanzierten Haltung, einer delegitimierenden oder zu einer wohlmeinend-philantropischen Charakterisierung – ist vor allem davon abhängig, ob es sich um freie Medien oder um Medien in Staats- oder Oligarchenbesitz handelt.



Gabriele Freitag, Timm Beichelt

Ein wichtiger Faktor für die künftige Entwicklung der Ukraine sind schließlich ihre Eliten und deren transnationale Vernetzung. Insgesamt ist die Einbettung ukrainischer Eliten in transnationale Governance-Netzwerke vergleichsweise gering (Tetiana KOSTIUCHENKO, Nationale Kiewer Mohyla-Akademie). Dass globale Vernetzung Oligarchen nicht unbedingt zu politischen Befürwortern der Demokratisierung, sondern eher zu „Alliierten der Autokratie“ macht, thematisierte Inna MELNYKOVSKA (Harvard University) in ihrem Vortrag. Dies kann insbesondere daran liegen, dass die transnationalen Beziehungen und Aktivitäten ukrainischer Oligarchen eben gerade nicht in Investitionen und unternehmerischer grenzüberschreitender Kooperation bestehen, sondern – wenn überhaupt – aus Exporten und Kapitalanlagen im Ausland (Heiko PLEINES, Universität Bremen). Diese transnationale Rentenökonomie ist durch die wirtschaftliche Transnationalisierung, wie sie das Assoziierungsabkommen ermöglicht, bedroht. Die ukrainischen Oligarchen sehen nicht nur die Vorteile größerer Märkte, sondern auch das Risiko strafrechtlicher Verfolgung bei einer engeren Kooperation mit der Europäischen Union.

Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, was Kataryna WOLCZUK (Universität Birmingham, Großbritannien) in ihrer Analyse der ukrainischen Außenpolitik seit 1991 als Schaukelpolitik und „Lavieren“ zwischen Ost- und Westorientierung der Ukraine in ihrem Eröffnungsvortrag darstellte: Über mehr als zwei Jahrzehnte, so Wolczuk, ist die Ukraine mit dieser Politik gut gefahren, weil die konkurrierenden Integrationsangebote seitens der EU und Russlands der Ukraine einige Vorteile, vor allem aber keine Notwendigkeit brachte, sich auf die Regeln der jeweiligen Integrationsangebote festzulegen. Die Ukraine – und insbesondere ihre Eliten – profitierte(n) von der Unschärfe. Erst das milliarden schwere Angebot Putins kurz vor der geplanten Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens in November 2013 war „zu gut, um es abzulehnen“ – womit der Ukraine erstmals seit 1991 eine klare Positionierung und ein Ende der Schaukelpolitik abverlangt wurde. Der weitere Verlauf der hierbei entfachten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Dynamik ist ebenso bekannt wie deren Ausgang ungewiss.



Kataryna Wolczuk

Die Perspektive transnationaler Relationen und Dynamiken ist ein vielversprechender, aber – auch das zeigte die Konferenz – nicht immer einfach zu erfüllender Ansatz. Susan STEWART (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) betonte, dass gerade in Bezug auf die ukrainische Zivilgesellschaft drei Ebenen der transnationalen Integration relevant erscheinen: Erstens stellt die Einbettung der ukrainischen Zivilgesellschaft in transnationale Diffusions- und Unterstützungsnetzwerke im Verlaufe der letzten beiden Jahrzehnte ein wichtiges Analysefeld zum Verständnis von Protestwellen und Politikentwicklung in der Ukraine dar. Zweitens ist es die Einbindung der ukrainischen Zivilgesellschaft in globale Politiknetzwerke zu globalen Themen, die aber noch relativ schwach ausgeprägt scheint. Und drittens stellt die regionale Einbindung in die zivilgesellschaftlichen Netzwerke der europäischen Nachbarschaftspolitik einen bedeutenden Pfeiler der transnationalen Verankerung der ukrainischen Zivilgesellschaft dar. Ein transnationaler analytischer Fokus könnte die Ausweitung, aber auch spezifische Hindernisse der weiteren Vernetzung der Zivilgesellschaft betrachten.

Die sich derzeit intensiviert herausbildende kollektive Identität der Ukraine war das Thema, welches am stärksten mit dem Aspekt des Transnationalismus in Verbindung gebracht wurde. Timm BEICHELT (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt / Oder) wies darauf hin, dass gerade die russische Aggression wohl der bedeutendste Katalysator einer ukrainischen nationalen Identität ist, diese möglicherweise sogar „zivilisierende“ Kraft des Konfliktes in den gesellschaftlichen Teilbereichen der Ukraine zugleich aber sehr unterschiedlich ausfallen kann. Gerade die Regionen der Ukraine könnten problematisch für das Konzept eines nationalen ukrainischen Narrativs sein, weil es vor allem auf der interregionalen Ebene an Vertrauen fehle, wie Mykhailo Minakov anmerkte. Transnationale Akteure, so Minakov, könnten diesen Mangel an Sozialkapital möglicherweise ausgleichen, wenn die grundsätzlich transnationale Idee des „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ im Ukraine-Diskurs und in der Politik wieder stärker in den Vordergrund treten würde.

In diesem Sinne schloss Beichelt mit dem Hinweis, dass gerade die Forschung in Bezug auf die Ukraine das Konzept des Transnationalismus ernst nehmen sollte, indem anstelle einer reinen „Ukraine-Forschung“ oder der regional orientierten Osteuropa-Forschung eine umfassendere Europa-Forschung gestärkt wird. Europäisierung als nicht-teleologischer Prozess, die ambivalenten Konstruktionen kollektiver Identität und schließlich die differenzierten Integrationsprozesse im Rahmen gesellschaftlicher Verflechtungen könnten zukunftsweisende Themen transnationaler Forschung mit Bezug zur Ukraine sein.

RUSSLANDS WEG IN DIE ZUKUNFT GIBT ES (NOCH) ALTERNATIVEN?

Welche Ziele verfolgt Russland in Syrien, inwieweit verknüpft die russische Regierung Außen- und Innenpolitik, und wie sind die hohen Zustimmungswerte für Präsident Putin angesichts der kritischen wirtschaftlichen Lage zu erklären – darüber haben Experten aus Russland und Deutschland Anfang November in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin diskutiert.

Russlands Plan scheint derzeit aufzugehen: Es gelingt der Regierung in Moskau, der Welt ihre außenpolitische Agenda aufzuzwingen. Die USA und Russland redeten wieder miteinander, sagte der russische Außenpolitik-Experte Vladimir FROLOV, der unter anderem für die „Moscow Times“ schreibt. Der Ausbruch aus der internationalen Isolation infolge des Konfliktes in der Ostukraine sei zwar nicht vollständig, aber doch ein Stück weit gelungen.

Dass der Einsatz in Syrien so überraschend begonnen wurde, entspreche der strategischen Ausrichtung Russlands, betonten einige der Teilnehmer des Fachgesprächs: Die Führung in Moskau sehe in der Unvorhersagbarkeit ihrer Handlungen eine strategische Stärke. Der Gegner werde so gezwungen, aufmerksamer zuzuhören und Kompromisse einzugehen. Die Experten nannten als Ziele russischer Außenpolitik eine absolute äußere Unabhängigkeit und innere Souveränität einerseits, eine geopolitische Parität mit den USA andererseits. Internationales Recht werde nach eigenem Bedarf ausgelegt. Die Regierung betrachte Streitkräfte als Mittel der Außenpolitik und die Epoche der Rüstungskontrolle als beendet.

Mit Sorge sieht diese außenpolitische Ausrichtung Russlands Ruprecht POLENZ, bis 2013 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag und jetzt Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde: Überraschungen seien in der Außenpolitik grundsätzlich von Übel. Man benötige stattdessen Vertrauen, sagte Polenz. Dann könne man für alle Seiten vorteilhafte Lösungen finden. Zudem sei die Parteinahme Russlands auf Seiten des syrischen Präsidenten Bashar al Assad, der Fassbomben auf Kinder und Frauen abwerfe, gefährlich und nicht zu Ende gedacht. Denn Assad sei in der Arabischen Liga isoliert. Im Stellvertreterkrieg des sunnitischen Saudi-Arabien und des schiitischen Iran stelle sich Russland auf die Seite Teherans. Dies werde Auswirkungen auf die überwiegend sunnitischen Muslime in Russland haben. Auch seien zahlreiche Kämpfer aus dem Nordkaukasus in Syrien. Angesichts dieser Gefahren müsse auch Russland ein Interesse an einem Friedensschluss und am Abbau der Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien haben.

Frolov sprach denn auch von der Notwendigkeit für die russische Führung, zügig Resultate im politischen Verhandlungsprozess zu erzielen. Würden die Kampfhandlungen nicht bald gestoppt, werde der russische Einsatz langwierig und zehrend. Derzeit gehe man von einer Dauer von drei bis vier Monaten aus. Die Verschiebung von Bodentruppen nach Syrien sei logistisch nicht zu bewerkstelligen. Zudem müssten dafür Reservisten einberufen werden.

Die Wahrheit wurde abgeschafft

Dass die russische Bevölkerung trotz des tief sitzenden Traumas aus dem Afghanistan-Krieg von 1979 bis 1989 den Syrien-Einsatz nicht offen ablehnt, beschreiben die Experten als Erfolg der massiven staatlich gelenkten Propaganda. Der Einsatz werde als erfolgreicher Kampf der Luftwaffe gegen den Terrorismus dargestellt, der sich als Exportprodukt eigne, so Frolov.

Wenn es zu Verlusten in Syrien komme, vermuten viele, dann würden sie verheimlicht. Die Fernsehzuschauer könnten die Berichterstattung über den Militäreinsatz derzeit wie eine Seifenoper konsumieren, erklärte die russische Politikwissenschaftlerin Ekatarina SCHULMAN. Sie ist Dozentin an der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und

Veranstaltungsreihe „Russische Alternativen)
10.–11. November 2015,
Berlin

In Kooperation mit der
Heinrich-Böll-Stiftung

Bericht: Silvia Stöber

Dieser Bericht ist auch auf
der Website der Heinrich-
Böll-Stiftung als Tagungs-
bericht veröffentlicht.

öffentliche Verwaltung beim Präsidenten der Russischen Föderation. Es gefalle den Menschen, wenn Russland in der Weltpolitik auf Augenhöhe mitmische, aber Verluste wie in Afghanistan wollten die meisten nicht. Das sei infantil und unrealistisch, urteilte Schulman.

Früher hätten Diktaturen ihre Macht zu 80 Prozent mit Gewalt und zu 20 Prozent mit Propaganda aufrechterhalten. Heute sei es umgekehrt, sagte die Politik-Expertin. Die postsowjetische Propaganda wolle den Begriff der Wahrheit verwässern. Sie produziere im Kopf der Menschen einen Nebel, hinter dem die Wahrheit verschwinde. Das bestätigte der Journalist Maxim TRUDOLJUBOV von der Zeitung Vedomosti: „Die Menschen nehmen alles als Propaganda wahr, auch alternative Quellen: ‚Die einen lügen genauso wie die anderen. Eine Wahrheit gibt es nicht.‘“

Die Experten warnten, aus Propaganda könne Realität werden, sie entwickle eine zwar irrationale, aber gefährliche Dynamik. Dies betreffe direkte und indirekte Drohungen für den Einsatz von Waffen, aber auch das Heranziehen angeblicher historischer Parallelen wie Vergleiche russischer Parlamentarier mit der Weimarer Republik nach dem Versailler Vertrag von 1919.

Kommunikationskanäle zwischen Volk und Regierung geschlossen

Das politische System Russlands ist weder eine Diktatur noch eine Demokratie, so die Einschätzung während der Diskussion. Politische Institutionen wie das Parlament seien Imitationen: Sie arbeiteten, allerdings anders, als es ihrer Aufgabe entspreche.

Die Rücknahme von Freiheiten habe dazu geführt, dass Signale zwischen Machtapparat und Bevölkerung nur noch verzerrt und als Echo wahrgenommen würden. NGO's, Medien und Umfragen funktionierten nicht mehr als Rückkoppelungskanäle zur Bevölkerung. Bei Umfragen zum Beispiel antworteten die Menschen, was man von ihnen erwarte. Sie seien geneigt, sich der Mehrheitsmeinung anzuschließen, die sie den Medien entnähmen. Im Fachgespräch wurde außerdem beklagt, dass Experten für Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik im Kreml nicht mehr gehört, Entscheidungen mithin in einem zunehmend kleineren Zirkel getroffen würden.

Die Mittelklasse hängt am Staatsbudget

Einen Grund für die unverändert hohen Zustimmungsraten für Präsident Wladimir Putin sieht Schulman darin, dass große Teile der Bevölkerung und insbesondere der Mittelschicht ihr Einkommen direkt oder indirekt vom Staat beziehen. In den vergangenen Jahren sei der Staatsapparat mit Lehrern, Beamten und Mitarbeitern der Sicherheitskräfte sowie vom Staat finanzierten Banken und Medien erheblich ausgebaut worden, dies auf föderaler, regionaler und kommunaler Ebene. Jeder Gouverneur in jedem der Föderationssubjekte Russlands verfüge über seinen eigenen kleinen Staat.

Der Wohlstand der Mittelklasse sei mit der Stabilität des Staates verknüpft, so Schulman. Diese Stabilität wollten die Menschen nicht gefährden, auch, weil sie die Regierung angesichts der wachsenden Konflikte vor den eigenen Grenzen als Schutzquelle wahrnahmen. Die Regierung zeichne erfolgreich das Szenario einer belagerten Festung, bestätigte auch Frolov.

Wirtschaftliche Lage nicht mehr ausschlaggebend

Diese Aspekte erklären, warum die Zustimmungsraten für Putin nicht mehr im Verhältnis zur Lebensqualität und zur Leistung der staatlichen Institutionen stehen. Seit 2014 habe die wirtschaftliche Lage keinen Einfluss mehr auf die politische Stimmung, sagte Trudoljubov. Er verwies darauf, dass die Lebensmittelpreise im Vergleich zum vergangenen Jahr um 30 Prozent gestiegen seien. Die Wirtschaft schrumpfe um drei bis vier Prozent. Nicht zu unterschätzen für die wirtschaftliche Entwicklung ist nach Meinung der russischen Experten auch das sich noch verschärfende demografische Problem.

Entsprechend sinkt das Lebensniveau. In einem geschlossenen System wie in Russland, in dem die freie Meinungsäußerung eingeschränkt sei, beträgt der zeitliche Abstand zwischen Ereignissen und Änderungen in der politischen Einstellung der Bevölkerung politikwissenschaftlichen Studien zufolge etwa ein Jahr. 2016 könne man also mit Meinungsänderungen rechnen, schlossen einige der Experten. Auch stünden die Parlamentswahl und 2018 die Präsidentschaftswahl an. In der politischen Klasse habe die Vorwahlperiode bereits begonnen, noch nicht aber in der Bevölkerung. Momentan werde der Staatshaushalt für das kommende Jahr diskutiert. Im Entwurf seien weniger Ausgaben für Bildung und Gesundheit, mehr hingegen für Sicherheit vorgesehen.

Entsprechend hatte Putin kürzlich beim Treffen des Waldai-Clubs erklärt, der militärisch-industrielle Komplex werde für alle Wirtschaftsbereiche eine Lokomotive sein. Trudoljubov sagte jedoch, dies sei eher ein Modell der Vergangenheit. Heutzutage seien zivile Technologien erfolgreicher. Ohnehin sei die Stimmung in der Wirtschaft schlecht, sie habe keine Lobby im Kreml mehr. Nach oben gerichtete Kritik oder Forderungen würden mit der Antwort beschieden, es gebe jetzt Wichtigeres, schließlich sei Russland umzingelt. Wolle man sich für bessere Investitionsbedingungen in Russland einsetzen, müsse man zudem einen kompletten Umbau der Strukturen im Land fordern, sagte Trudoljubov. Russland würde dann ein anderes Land sein.

Erwartungen an China enttäuscht

Die Hoffnung der russischen Führung, westliche Kredite durch Anleihen auf asiatischem Kapitalmärkten zu ersetzen, ist längst getrübt. Asiatische Märkte könnten die westlichen Märkte nicht ersetzen, resümierten teilnehmende Experten. Es würden nicht wie erwartet Investitionen getätigt, auch aus Angst vor westlichen Sanktionen. Die Euphorie über die Zusammenarbeit mit China habe sich gelegt. Hoffnungen auf Infrastrukturinvestitionen aus Peking hege man noch im Rahmen des chinesische Seidenstraßenprojektes, das über Kasachstan, St. Petersburg nach Europa führen soll. Doch während China für Russland große Bedeutung habe, sei dies umgekehrt weniger der Fall.

Angesichts der Einschätzungen der russischen Experten über die Entwicklungen innerhalb der russischen Gesellschaft kam Polenz zu dem Schluss, dass dringend notwendige Reformen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, wenn, dann eher von oben als von unten zu erwarten seien. Angesichts der ideologischen Verhärtung und der Festungsmentalität müsse man aber damit rechnen, dass es nicht besser, sondern schlimmer werde.

Gerade deshalb wurde aber in der Fachrunde die Forderung laut, die vorhandenen Kontakte zu allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen aufrecht zu erhalten. Falls Veränderungen einsetzten, und dies sei nach 16 Jahren Herrschaft einer Person nicht ausgeschlossen, dann würden Institutionen wie das Parlament wieder an Bedeutung gewinnen. Auch dürfe man sich nicht von der Propaganda beeindrucken lassen, man müsse den Blick immer auf die Fakten richten. Ein weiterer, ernst gemeinter Ratschlag lautete: Bei der Analyse der russischen Herrschaft könne die Kriminologie von Nutzen sein, denn sie sei gekennzeichnet durch eine kriminelle Ästhetik, auch durch eine unter Gangstern übliche Selbstaggressivität – man verletze sich selbst, um Opponenten zu erschrecken.

ONE SIZE DOES NOT FIT THEM ALL.

ÖKONOMISCHE ASPEKTE DER ÖSTLICHEN PARTNERSCHAFT VOR DEM HINTERGRUND DER SOZIOÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG IN MITTEL- UND OSTEUROPA

Seit 2009 unterstützt und fördert die Östliche Partnerschaft als gemeinsame Initiative der EU und ihrer osteuropäischen Partner (Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Republik Moldau und Ukraine) marktwirtschaftliche Reformen in diesen Ländern auf der Grundlage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wie die Dauerkrise in der Ukraine verdeutlicht, steht diese Partnerschaft in schwierigen und unsicheren Beziehungen zu Russland. Die Referenten der Tagung diskutierten ökonomische Chancen und Risiken der Partnerschaft vor dem Hintergrund der heterogenen sozioökonomischen Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, einschließlich Russland und Zentralasien.

Nach einem einführenden Vortrag zum Thema *Trade patterns and the Rule of Law* (Richard FRENCH, IOS Regensburg) aus Sicht der neueren komparativen Ökonomie ging es im Panel EU, Russia and the Post-Soviet Space um politische und wirtschaftliche Aspekte der regionalen Mobilität von Kapital und Arbeit. In zwei Beiträgen, *Russian direct investments in the post-Soviet states: The role of political factors* (Alexander LIBMAN, SWP Berlin) und *Temporary Labour Migration from Eastern Europe: The Role of Human*

Fachtagung Wirtschaft
13.–14. November 2015,
Berlin

In Kooperation mit dem
Institut für Ost- und Süd-
osteuropaforschung (IOS)
Regensburg

Bericht: Richard Frensch,
Lyazzat Nugumanova

Fotos:
Oleksii Kysliak



Alexander Libman

Die Tagung fand auf Initiative des IOS Regensburg mit dem Ziel statt, die Fachgruppe Wirtschaft der DGO wiederzubeleben. Entsprechend diente die Tagung auch der Positionsbestimmung der ökonomischen Osteuropa-Forschung im Spannungsfeld zwischen Regionalexpertise und state-of-the-art-Methoden der Wirtschaftsforschung.

Capital Investment and Migration Agencies (Barbara DIETZ, IOS Regensburg) wurden einzigartige Datenquellen analysiert. Anschließend diskutierten die Kommentatoren (Christa HAINZ, ifo München, und Lidwina GUNDACKER, ZU Friedrichshafen) und das Plenum die Möglichkeiten der Integration der Analyse russischer Direktinvestitionen in die entsprechende regional-unspezifische Literatur sowie die Rolle der Humankapitalbildung für Migrationsentscheidungen.

Im zweiten Panel beleuchteten drei Beiträge das für die Region außerordentlich wichtige Thema der Ursachen und Konsequenzen der Ausgestaltung von Institutionen: In *Russian revolution and the soft budget constraint* präsentierte Theocharis GRIGORIDIS (FU Berlin) einen ambitionierten Versuch,

am Beispiel des vorrevolutionären Russlands repressive versus revolutionäre Zustände durch ein Wechselspiel zwischen Finanzierungsalternativen und Verteilungswirkungen von Industrialisierungsstrategien zu erklären. In *Russian oligarchs and economic inequality in Russian regions – a quantitative assessment* zeigte Jarko FIDRMUC (ZU Friedrichshafen) die Parallelität der beiden im Titel genannten Phänomene im Vergleich russischer Regionen auf. Abschließend untersuchte Philipp MAREK (Uni Bremen) in *The effects of EU structural funds on the productivity of firms in CCE countries* die Effekte der EU Strukturfondsausgaben als Mittel europäischer Regionalpolitik anhand von 30.000 Firmen in Tschechien, der Slowakei, Polen, Slowenien und Estland. Die Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass Strukturfondsausgaben existierende Strukturen eher unterstützen und dabei Beschäftigung zu Lasten von Investitionen und Produktivität fördern. Vorbereitete Kommentare von Johannes STEPHAN (TU Freiberg, leider verhindert) und Joachim ZWEYNERT (Uni Witten/Herdecke) sowie die Diskussionen im Plenum konzentrierten sich auf Fragen der Modellkomplexität versus Realitätsnähe, verschiedene Möglichkeiten der Beschreibung regionaler Ressourcenintensität sowie alternative EU-Programme zur Innovationsförderung.

Das abschließende Panel war der Ukraine und den ökonomischen Aspekten des Ukraine-Konflikts gewidmet. In *Assessing the impact of a carbon tax in Ukraine* nutzte Miriam FREY (IOS Regensburg) ein selbst konstruiertes allgemeines Gleichgewichtsmodell der Ukraine, um die zur Erreichung bestimmter Umweltschutzziele notwendigen CO₂-Steuersätze zu bestimmen. In *Impact of sanctions on the German economy: Research concept and preliminary results* nahm Maria KRISTALOVA (Uni Bremen) mittels Input-Output-Analyse eine Abschätzung der Folgen der EU-Sanktionen gegen Russland auf die deutsche Volkswirtschaft vor. Kommentare von Horst BREZINSKI (TU Freiberg und Poznań, leider verhindert) und Ksenija GATSKOVA (IOS Regensburg) sowie Diskussionen im Plenum thematisierten alternative Instrumente der Umweltpolitik, sowie eine Internationalisierung des präsentierten Input-Output Ansatzes.



IMPRESSUM

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung: Dr. Gabriele Freitag

Tel.: +49 (0) 30 214 784 12

Fax.: +49 (0) 30 214 784 14

E-Mail: info@dgo-online.org

Web: www.dgo-online.org

Redaktionsschluss: 11.12.2015

